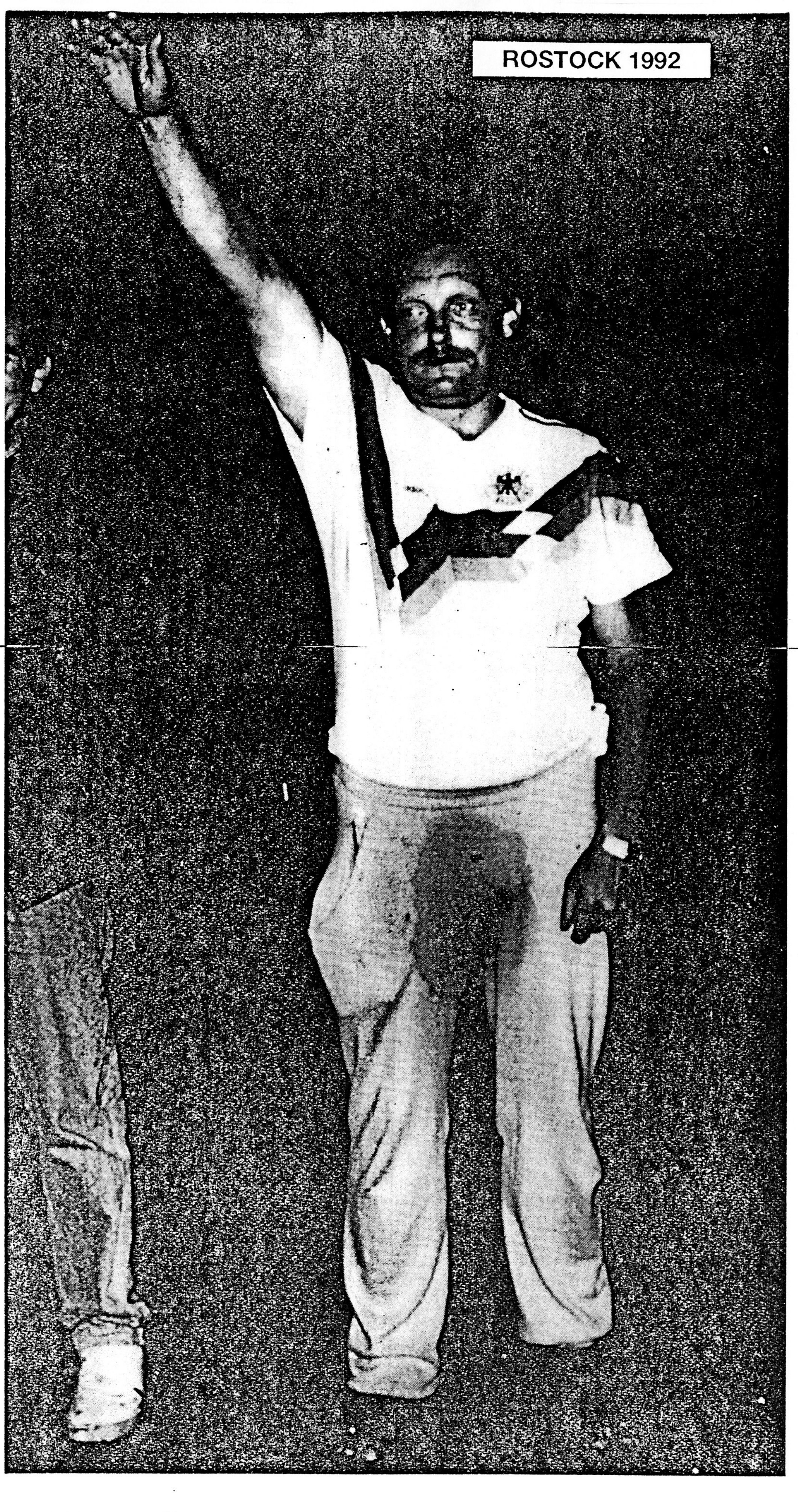
Nummer 20
Nov. '92 - Jan. '9
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Mölln · Skin-Musik · Trittin-Interview
Nationalrevolutionäre in der SPD?

Inhalt

Impressum
Verlag: Der Rechte Rand ● Rolandstraße 16
Postfach 1324 ● 3000 Hannover 1
Tel.: 0511/34 10 36
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Interdruck, Schöneworth
3000 Hannover
Satz und Layout: R.Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön,
Lisa Böhne, Winfried Holzinger,
Alfred Klose, Jürgen Trittin,
Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Es liegt an uns ...

Endlich. Das Land ist nicht mehr still. Die bleierne Gleichgültigkeit, diese unerträgliche Mordsgeduld, mit der die Mehrheit der Bevölkerung in den vergangenen Monaten den rassistischen Pogromen und neonazistischen Mordbrennern schweigend zugeschaut hat, bekommt Risse. Protest regt sich nicht mehr nur bei den demokratisch engagierten Minderheiten - von Antifa, amnesty, pro asyl über Grüne, PDS bis hin zu den Jusos und jenen wenigen Bürgern, die sich schützend vor die Heime der Asylsuchenden gestellt ahben. Inzwischen hben Hunderttausende, ja Millionen Bürger ihre "Arsch hochgekriegt". Quer durch die Republik sind sie auf die Straße gegangen. Viele haben das erste Mal in ihrem Leben demonstriert, um Zeichen zu setzen. Zeichen gegen den braunen Terror, Zeichen für ein friedliches und demokratisches Miteinander.

Das sind Zeichen der Ermutigung. Selbst wenn der Protest vielfach undeutlich blieb, an Betroffenheitsrituale erinnerte. Es sind Zeichen der Hoffnung, selbst dann, wenn viele sich für kaum mehr als das Bekenntnis versammelt haben sollten, daß man andere Menschen nicht einfach totschlgen darf.

Zu barbarisch sind die Zustände inzwischen in diesem unserem Lande, als daß wir die Chance vergeben dürften, die in diesem Protest steckt: Die Chance und die Pflicht zur Politisierung.

Es liegt an uns. Es liegt an unseren Argumenten und an unserem Engagement, die notwendige Arbeit der Zuspitzung zu leisten. Auf das die scheinheiligen Biedermänner, die sich in den Protest einreihen, bald von immer mehr Menschen als das erkannt werden, was sie sind: "Skins in Krawatte", wie Günther Grass formuliert hat, zündelnde Brandstifter. Brandstifter, die - wie Innenminister Rudolf Seiters - selbst noch im Feuerschein des Rostocker Pogroms gegen den "Mißbaruch" des Asylrechts mobil machen. Die noch im Angesicht der Opfer von Mölln von "Beileidstourismus" (Regierungssprecher Dieter Vogel) schwätzen, um ihre Schamlosigkeit ungeniert in Stimmen rechts von der Mitte umzumünzen.

Es liegt an uns, ob Kohl, Waigel, Engholm, Lambsdorff, Schröder und wie sie alle heißen weiterhin politisch ungestraft gelingt, mit wohlfeilen Bekenntnissen zur Unantastbarkeit der Menschenwürde vor den Kameras zu lächeln - und sich gleichzeitig für die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl feiern zu lassen. Noch können Regierung und die als "Opposition" firmierende SPD die übergroße Mehrheit selbst gutwilliger BürgerInnen täuschen: Unzählige Male wurde betont, es gelte nur, den "Mißbrauch des Asylrechts" zu bekämpfen, die "wirklich Verfolgten" aber weiterhin zu schützen. Tatsächlich aber führt der vorliegende Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes dazu, das Individualrecht auf poliuisches Asyl nur noch formal in der Verfassung zu erhalten, es faktisch aber unerreichbar zu machen und damit abzuschaffen.

Es liegt an uns, gegen den "Asylkompromiß" zu mobilisieren. Andere werden es nicht tun. Aber wer verteilt bei den Lichterketten oder Mahngottesdiensten beispielsweise die Erklärung der Humanistischen Union: "Gerade dem wirklich politisch Verfolgten werden alle Fluchtwege in die Bundesrepublik Deutschland versperrt. Nieman kann ernsthaft glauben, der politisch Verfolgte könne in aller Ruhe eine Botschaft aufsuchen, ein Visum beantragen, mehrere Wochen Bearbeitungszeit abwarten, seinen Paß abholen, um dann ein Flugzeug zu besteigen. Keine Schiffs- oder Fluggesellschaft transportiert Passagiere ohne gültigen Sichtvermerk, da man sie dafür regresspflichtig macht. Alle Verfolgerstaaten aber unterliegen der Visumspflicht. In der Regel verweigern die deutschen Botschaften sogar ohne Begründung Visa, wenn auch nur die Vermutung besteht, die Betreffenden könnten einen Asylantrag stellen wollen. Der Landweg endet spätestens in einem unserer Nachbarländer ..."

Es liegt an uns, an unserer politischen Schwäche, daß Edmund Stoiber nun so treffend wie triumphierend zum sogenannten Asylkompromiß feststellen kann: "Damit kann jeder, ob er nun asylberechtigt ist oder nicht, an der Grenze abgewiesen werden ... genau das, was wir immer gefordert haben" (Interview, FR 8.12.92).

Laßt uns wenigstens dieses Zitat allen sozialdemokratischen und liberalen Schönrednern der geplanten Asylrechts-Strangulierung um die Oheren schlagen. So wird die katastrophale Niederlage in der Asylfrage vermutlich nicht mehr abzuwenden sein. Aber nur so kann aus Lichterketten und Mahngottesdiensten gegen Ausländerfeindlichkeit mehr werden, als Veranstaltungen zur Beruhigung des schlechten Gewissens oder TV-gerechte Schauveranstaltungen für das aufgeschreckte Ausland.

Es liegt an uns. Und so ganz alleine stehen wir nicht. Das unter dem Druck negativer Schlagzeilen der Weltpresse drohende Absinken der deutschen Exportquote übt zusätzlichen Druck auf die politische Klasse aus. Selbst Konzerne, die einst ihre Vermögen mit ausländischen Zwangs- und Sklavenarbeitern verdienten, rufen heute ihre Belegschaften zum Bekenntnis auf: "Mein Freund ist Ausländer".

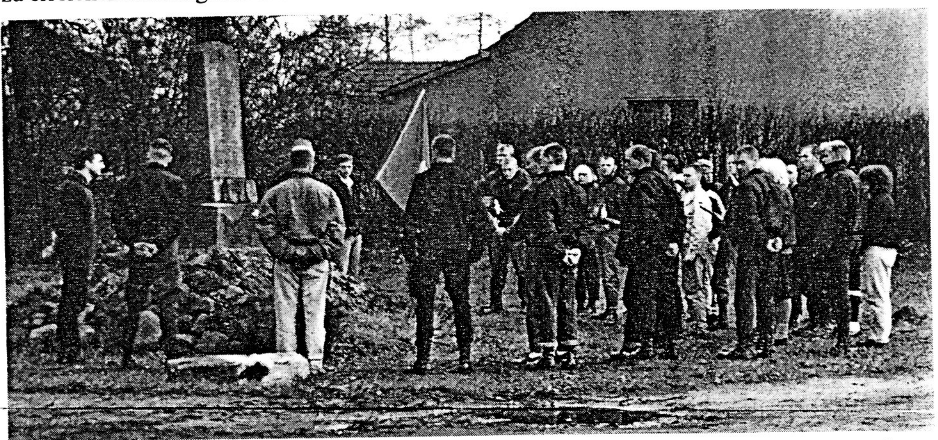
Und auch die Regierung, die es wie unser Kanzler mühelos schafft, in fast einem Atemzug über die braunen Morde und die Zunahme von Ladendiebstählen zu schwadronieren, hat ihren monatelang folgenlosen Bekenntnissen gegen den rechten Terror inzwischen einige Taten folgen lassen müssen: Vier von inzwischen allein bei der Verfaasungsschutzbehörde registrierten Nazibanden wurden verboten, die Nationalistische Front, die Deutsche Alternative, den Deutschen Kameradschaftsbund und die Nationalistische Offensive.

Es liegt an uns, weiter Druck zu machen. Zu fragen, warum erst jetzt gehandelt wurde? Was andere Nazi-Vereine von NF und DA unterscheidet, so daß sie unbehelligt bleiben? Warum ...

Polizistenpech.
Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist schwer.
Nach sieben Nächten tätlicher Auseinandersetzungen
vor dem dortigen Asylbewerberlager
griff die Polizei mit einer großangelegten Razzia
nach Waffen scharf bei Neonazis, Skins und anderen
Rechtsextremisten im Raum Wismar durch.
Der Erfolg war bedauerlicherweise mäßig.
Unverständlich eigentlich!
Schließlich hatte die Polizeiführung ihre Aktion
optimal vorbereitet:
Bereits Tage zuvor hatte sie bundesweit
in den stündlichen Nachrichtensendungen
der Rundfunkanstalten eindringlich auf die
für morgen geplante Großrazzia"
hingewiesen.
Da hätten die Nazis ihre Waffen doch schon mal
herauslegen können!
Zufällig hatte bei denen an diesem Tage
wohl niemand Radio gehört ...
So ein Pech aber auch!
Dietrich Kittner
(aus seinem neuen Buch: "Jaaa! Deutschland balla, balla!", edition ost, Berlin 1992, DM 1980)

Halbe - ein Schlag ins Wasser

Als ein Schlag ins Wasser stellte sich der von **Ursula Schaffer** (80) von der "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen" geplante Heldengedenktag in Halbe heraus. Nachdem in den vergangenen Jahren eine zunehmende Anzahl Neonazis verschiedenster Herkunft in Halbe der faschistischen Soldateska gedachte, gelang es in diesem Jahr ein Verbot des Aufmarsches zu erreichen. Hintergrund für das behördliche Vorgehen war einerseits die angemeldete Gegenkundgebung, mit der AntifaschistInnen den Aufmarsch in diesem Jahr verhindern wollten und andererseits die internationale Aufmerksamkeit sensibilisiert durch die pogromartigen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge. Ein massives Polizeiaufgebot demonstrierte dann auch medienwirksam, daß es durchaus möglich ist, faschistische Aktivitäten zu unterbinden, wenn tatsächlich der Wille dafür vorhanden ist. Die angereisten Nazis irrten infolge weiträumiger Absperrung der Ortschaft Halbe durch das Brandenburger Land und versuchten ersatzweise kleinere Aktiönchen durchzuführen, so u.a. in Cottbus und Massow. Ungefähr 50 FAP-Aktivisten, die am Vortag in der Nähe Berlins ihren Parteitag veranstaltet hatten, gelang es lediglich eine kurze Gedenkveranstaltung an einem Kriegerdenkmal in einer nahegelegenen Ortschaft durchzuführen (siehe Foto), um anschließend schnell wieder vor der herannahenden Polizei abzurücken. Insgesamt wurden 24 Faschisten u.a. wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen.



"Das hatten wir in den letzten 50 Jahren noch nie!"

AntifaschistInnen störten die Sonnenwendfeier in Conneforde

Jahrelang arrangierten sogenannte "Freigläubige" eine Wintersonnenwendfeier in Conneforde. Ihr Ahnenstättenverein war geduldet und aufgrund der Zuerkenntnis der Gemeinnützigkeit öffentlich gefördert. Vertreter der Gemeinde Wiefelstede waren bei Genehmigungen von Bauten auf dem Gelände der Familie **Brumund** großzügig. Etliche Mitglieder des Ahnenstättenvereins organisierten sich auch im örtlichen Heimatverein und verstärkten damit den Eindruck, ihr völkisches Treiben habe eine lange Tradition in der Region.

Am Samstag , den 19. Dezember trafen AntifaschistInnen nicht auf kahlgeschorene Jugendliche (Skinheads), sondern auf gut betuchte ältere Personen, die mit Daimler-Limousine sogar aus München oder Neuss vorgefahren waren.

Kaum hatten die AntifaschistInnen auf dem Gelände der Ahnenstätte ihre Gegenrede angefangen, wurden sie schon mit Sprüchen bedacht, die an Eindeutigkeit nichts offen liessen. Den Worten "Lieber faschistisch als drogenabhängig" folgten auch heftige Prügelversuche. Ein Mitarbeiter des Kamerateams wurde mitsamt der Kameraleuchte fast in das Sonnenwendfeuer geworfen.

Nachdem die AntifaschistInnen wieder fort waren, ließ man sich im "Alten Dorfkrug" der Brumunds den Kaffee schmecken und seiner Zunge freien Lauf. Der Rednerin habe man das Mikro bis tief in die Kehle gestoßen, prahlte man. Für das nächste Mal wolle man sich ordentlich mit Knüppeln und Handstöcken bewaffnen. Der amtierende Vorsitzende **Alfred E. Manke** war sehr verärgert. Der Bassumer ist schon seit den sechziger Jahren als aktiver Faschist bekannt und hat sich in den letzten Jahren mehr um die pseudoreligiösen Belange gekümmert.

Ein Blick auf das Festprogramm unterstreicht, was bei Betrachtung der Grabesfindlinge schon klar wurde: an diesem Ort sind nicht nur Menschen aus der Region beerdigt, die aus der Kirche ausgetreten sind, sondern auch Repräsentanten des organisierten (Neo)-Faschismus wie der frühere Kreisleiter der NSDAP Schlesiens, **Hans Hertel**, der in den 50er Jahren mit der faschistischen Deutschen Reichspartei im Landtag von Niedersachsen saß, der ehemalige SS-ler und zeitweilige Vorsitzende der DVU-Liste D Bremen, **Heinz Hertel**, oder das Mitglied des völkischen Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL) **Addo Stegie**. Das im Programm ausgewiesene Liedgut verdeckt nur spärlich das Interesse der Ahnenverehrer und an den "Nordmenschen" glaubenden. Lieder des Nazi-Barden **Hans Baumann** oder Gedichte des von den Nazis geschätzten Hermann Claudius sind bei den Sonnenwendfeiern Pflicht. Von einiger Bedeutung sind die jeweiligen Festredner. Dieses Jahr sprach **Hermann Thiele**, der langjährige Gemeindeleiter und Ehrenvorsitzende der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" in Schleswig-Holstein. Thiele, der sich in der Tradition der "deutschen Glaubensbewegung" Wilhelm Hauers sieht, arbeitet sehr eng mit führenden Repräsentanten der militanten Neo-Faschisten zusammen.

Nach der antifaschistischen Aktion vom Wochenende dürfte es dem Ahnenstättenverein in Zukunft schwerer fallen, das Bild vom unverdächtigen "Trauerkreis" aufrechtzuerhalten, der sich tapfer gegen die Macht der "Großkirchen" wendet. Den BürgerInnen werden die Sprüche der AntifaschistInnen noch lange in den Ohren dröhnen: "Blut und Boden, Volk und Rass' - "brave" Bürger schüren den Hass."



Korrektur!

In der letzten Ausgabe des Rechten Randes ist ein Mißgeschick unterlaufen. Das Foto des Waffenhändlers Eberhard Hevendehl wurde vertauscht, deshalb hier das richtige Bild. Der auf Seite 24 des letzen RR abgebildete Mensch ist Mitglied der "Nationalen Offensive".

Ulla Jelpke

Der Anschlag von Mölln

In der Nacht vom Sonntag den 22. auf den 23. November 1992 legten in Mölln Neofaschisten Brände in zwei von Türken bewohnten Häusern. Bei dem Brandanschlag kamen die 51jährige Valhilde Arslan, die 10jährige Yeliz Arslan und die 14jährige Ayse Yilmaz ums Leben. Neun weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Wegen der "Schwere der Tat" und der "Gefahr für die innere Sicherheit" übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen. Auch eine sofort von der Staatsanwaltschaft verhängte Nachrichtensperre konnte nicht verhindern, daß Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten über den Tathergang und über die Hintermänner der Tat entstanden.

Der Anschlag von Mölln hat in der internationalen Öffentlichkeit und in der BRD viele Reaktionen hervorgerufen. "Le Monde" gibt in einem Leitartikel über den Möllner Brandanschlag den Eindruck wieder, "die Verurteilung dieser Taten, mag sie auch so gravitätisch von den höchsten Staatsinstanzen verkündet werden, die Träger einer Strategie der Spannung geradezu ermutigt (habe), jeden Tag erneut zu eskalieren." (SZ, 27.11.92) Der Ruf der Bundesrepublik im Ausland hat sich drastisch verschlechtert. In der Bundesrepublik werden die Forderungen nach polizeilichen Maßnahmen lauter. Und die Bundesregierung täuscht Aktivitäten vor: Die Kompetenzen des Generalbundesanwalts sollen erweitert werden und der Aufbau einer Koordinierungsgruppe gegen den Rechtsextremismus wurde installiert.

Der Tathergang

Kurz nach Mitternacht, am frühen Morgen des 23.11.92 verübten Neofaschisten Brandanschläge auf zwei Häuser in Mölln. Unmittelbar nach den Anschlägen ging nach Auskunft der Generalbundesanwaltschaft gegen 0.30 Uhr bei der Möllner Polizei ein Anruf ein: "In der Ratzeburger Straße brennt es. Heil Hitler". Um 1.10 Uhr meldete sich ein Anrufer bei der Feuerwehr: "In der Mühlenstraße brennt es. Heil Hitler!"

Die schlafenden Menschen werden von dem Feuer überrascht. Während sich die HausbewohnerInnen in der Ratzeburger Straße retten konnten, wurde den BewohnerInnen der Mühlenstraße der Fluchtweg abgeschnitten. Ein Kind, daß sich durch einen Sprung aus dem Fenster rettete, brach sich beide Beine. Eine junge Frau sei laut Angaben der Nachbarn in Panik aus dem Fenster gesprungen und mit dem Kopf auf das Pflaster geschlagen. Die Leichen der beiden Mädchen und der Frau wurden im ersten Stock im Gebäude der Mühlenstraße gefunden.

Die Staatsanwaltschaft verhängte unmittelbar nach dem Brandanschlag eine Nachrichtensperre (Berliner Zeitung, 24.11.92). Begründet wurde dieser Schritt durch von Stahl mit "ermittlungstaktischen Gründen" (FAZ, 27.11.92). Die Ermittlungen übernahm die Generalbundesanwaltschaft mit der bemerkenswerten Feststellung, daß die anonymen Anrufer mit ihrem Zusatz ("Heil Hitler!") die "innere Sicherheit beeinträchtigen beziehungsweise Verfassungsgrundsätze beseitigen" wollten (FAZ, 24.11.92). Generalbundesanwalt von Stahl weiter: "Dies deutet darauf hin, daß die noch unbekannten Täter mit ihrer Straftat zur Wiedererrichtung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland beitragen wollen" (ebenda).

Vorerst ermittelte der Generalbundesanwalt aber auch in eine andere Richtung, denn laut von Stahl gab es einen Tag nach der Tat, "bislang keine Anhaltspunkte, wonach eine größere Organisation hinter den Mordanschlägen in Mölln stehen könnte" (SZ, 25.11.92). Der Staatssekretär des Kieler Innenministeriums Ekkehard Wienholtz äußerte gegenüber der Presse, daß ebenfalls "wegen möglicher unpolitischer Motive wie Auseinandersetzungen zwischen türkischen Familien oder Kontroversen zwischen Deutschen und Türken ermittelt" werde (Welt, 26.11.92). Im Unterschied hierzu äußerte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckard Werthebach, allerdings, daß die Brandanschläge "eine neue Qualität" darstellen. "Sie seien nicht spontan erfolgt, sondern offensichtlich geplant, abgestimmt und sorgfältig vorbereitet" (SZ, 25.11.92). Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Schleswig-Holstein wies vor dem Hintergrund des Anschlages darauf hin, daß in der Region Lauenburg, zu der Mölln gehört, "die Verbindung zwischen organisierten und unorganisierten Neonazis enger als sonst im Landes" (FAZ, 25.11.92) sie. "Außerdem hätten die rechtsradikalen Parteien DVU und Republikaner dort überdurchschnittlich viele Anhänger" (ebenda).

Der Vater des ermordeten türkischen Mädchens wies die These der Generalstaatsanwaltschaft, daß der mögliche Grund für den Brandanschlag auch ein Streit unter Kurden und Türken sein könne, als "Vertuschungsversuch" zurück; genauso wie die ebenfalls vorgetragene These, daß die "Mafia" mit dem Anschlag zu tun haben könne (FAZ, 27.11.92)

Die Suche nach den Tätern wurde dadurch erschwert, daß nach Angaben der Ermittlungsbehörden, die anonymen Anrufe bei der Polizei und der Feuerwehr nicht mitgeschnitten waren, "weil die Gespräche über normale Postanschlüsse kamen" (Welt, 26.11.92). Dies ist bemerkenswert: Offenbar kannten die Täter sich so gut aus, daß sie wußten, daß sowohl bei der Polizei als auch bei der Feuerwehr die Telefonate über die normalen Postanschlüsse nicht mitgeschnitten werden. Dies würde für eine gute Vorbereitung der Tat und eine fast professionelle Kaltschnäuzigkeit zeugen.

Trotz 70 Hinweisen aus der Bevölkerung tappte die Polizei völlig im Dunklen, eine heiße Spur fehlte. Auch war noch ungeklärt, ob die Brandsätze in die Häuser "hineingetragen oder hineingeworfen" worden seien (Berliner Zeitung, 26.11.92). Welche Brandmittel verwendet worden seien, war ebenfalls noch nicht geklärt. Ein vorläufiger Untersuchungsbericht stellte lediglich fest, daß die Täter "Benzin oder eine ähnliche Flüssigkeit" benutzten (Welt, 26.11.92).

Plötzlich, vier Tage nach dem Möllner Brandanschlag, warteten die Ermittlungsbehörden mit dem ersten großen Ermittlungserfolg auf. Ausgehoben wurde eine neofaschistische Gruppierung um den 25jährigen **Michael Peters** aus dem kleinen Dorf Gudow bei Mölln. Gegen ihn hatte das Amtsgericht Lübeck bereits am 25.11. Haftbefehl "wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen versuchten Mordes und versuchter Brandstiftung in zwei Fällen sowie wegen Landfriedensbruchs" (Welt, 27.11.92). Es bestand zu diesem Zeitpunkt für die Generalbundesanwaltschaft der Verdacht, daß Peters und zehn weitere Beschuldigte "eine rechtsextremistische Vereinigung gegründet haben, die durch gewalttätige Aktionen - besonders Brandanschläge - gegen Ausländer in Deutschland vorgehen wolle" (ebenda). Die "Süddeutsche Zeitung" stellt fest: "Am Nachmittag gab die Anklagebehörde dann überraschend die Einleitung des ersten Ermittlungsverfahrens gegen eine rechtsterroristische Vereinigung seit Beginn der ausländerfeindlichen Gewaltwelle bekannt" (SZ, 27.11.92). Einen Tag später werden acht weitere Personen verhaftet.

Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft soll die Gruppe am 5.9.92 versucht haben eine Unterkunft für Flüchtlinge in Pritzier zu stürmen. Dieses Vorhaben scheiterte aufgrund eines großen Polizeiaufgebotes. Stattdessen seien aus der Gruppe Brandflaschen gegen die Polizeibeamten geworfen worden. Anschließend sei die Gruppe mit einem PKW nach Gudow gefahren und habe einen Brandanschlag auf ein mit 50 Personen belegtes Flüchtlingsheim verübt. (Welt, 27.11.92)

Am 12.9.92 soll Peters mit weiteren Personen einen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Kollow bei Mölln verübt haben. Ob die Gruppe auch für den Brandanschlag von Mölln verantwortlich war, mußte zu diesem Zeitpunkt noch geprüft werden (Berliner Zeitung, 27.11.92).

Der dritte Mann

Einen Tag später galt dies "jedoch mittlerweile eher als unwahrscheinlich" (Welt, 28.11.92).

Die Ausführung der Anschläge in Gudow und Kollow erscheint in der Tat eher dilletantisch und stümperhaft. Zudem wird Peters als "labil und geistig eher zurückgeblieben" geschildert, als einer, der über keine Berufsausbildung verfüge und den auch nicht die Bundeswehr wollte. Mit seiner Nazi-Truppe sei Peters wiederholt grölend durch das Dorf gezogen, die Polizei sei dann von AnwohnerInnen gelegentlich informiert worden. Die "Welt" schreibt dann: "Wie aus Kieler Sicherheitsbehörden verlautete, gingen den Festnahmen monatelange Observationen teilweise mit verdeckten Ermittlern voraus. Man habe vor allem die Hintermänner enttarnen wollen, denn Michael Peters sei offensichtlich keine Führerpersönlichkeit" (ebenda).

Am 30.11.92, eine Woche nach der Tat, wird plötzlich der 19jährige **Lars Christiansen** als "einer der Täter von Mölln gefaßt (Welt, 1.12.92), der "mit mindestens einem noch unbekannten Komplizen" den Brand gelegt haben soll (FAZ, 1.12.92). Christiansen gehört ebenfalls zur Gruppe um Peters, und war schon am 25.11.92 "kurzzeitig festgenommen, wegen fehlender Tatnachweise zunächst aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden" (ebenda).

Nun plötzlich ergibt sich der dringende Tatverdacht nach den Worten des Generalbundesanwaltes "aus der Aussage eines unmittelbaren Tatzeugen, deren Einzelheiten durch die weiteren Ermittlungen bestätigt wurden" (SZ, 1.12.92). Völlig überraschend wird der Öffentlichkeit mit einem Mal ein geheimnisumwitterter Zeuge präsentiert. "Nähere Angaben über diesen Zeugen und dessen Beobachtungen wollte Stahl nicht machen", schreibt die SZ weiter. Die "Welt" präzisiert: "Die Frage, ob dieser Zeuge selbst aus der rechtsradikalen Szene kommt oder ein unbeteiligter Passant war, beantwortete von Stahl nicht. Auch nicht die Frage, ob der Zeuge die als Belohnung ausgesetzten 150.000 DM erhalten werde" (Welt, 1.12.92).

Natürlich ergeben sich eine ganze Reihe von Fragen: Wieso taucht der unmittelbare Tatzeuge erst jetzt auf? Hat er in der Brandnacht die Polizei oder die Feuerwehr alarmiert und wenn nicht, wieso hat er es unterlassen? Natürlich steht auch die Frage nach wie vor, ob dieser Zeuge selber ein Mitglied der neofaschistischen Gruppe um Peters war und als Kronzeuge eingesetzt werden soll? Nicht von der Hand zu weisen ist aber auch die Frage, ob in dem Zeitraum der Tat die Gruppe um Peters immer noch unter Beobachtung gestanden hat, und ob hier immer noch verdeckte Ermittler auf diese Gruppe angesetzt waren? Auch wäre interessant zu wissen, wie dicht der Verfassungsschutz der Gruppe um Peters auf den Fersen war?

Fakt ist, daß der Verfassungsschutz-Chef Werthebach betonte, daß dem VS bekannt gewesen sei, "in welchem Ausmaß in Schleswig-Holstein und auch im Umfeld von Mölln rechtsextremistische Gewalttäter vorhanden sind" (ap, 1.12.92). Werthebach erklärte weiter, daß "alle Informationen über die militante rechtsextremistische Szene im Umfeld von Mölln stets den zuständigen Behörden übermittelt worden" (SZ, 4.12.92).

Fakt ist weiter: Auch an Lars Christiansen war zumindest die Polizei dicht dran. Die "Leipziger Volkszeitung" weist darauf hin, daß er "nach Erkenntnissen der Möllner Polizei in den letzten Jahren an Schlägereien mit Ausländern beteiligt" war (Leipziger Volkszeitung, 2.12.92). Er sei auf der Liste gewaltbereiter Skinheads geführt worden, vor kurzem aber von dieser Liste gestrichen worden.

Nachdem Christiansen und Peters die Tat am 1.12. gestanden hatten, verdunkelte Generalbundesanwalt von Stahl noch mehr das Geschehen. Die "Welt" vermerkt: "Unklar blieb, wie die Bundesanwaltschaft auf die Spur der beiden mutmaßlichen Täter kam. Am Montag begründete Stahl den Verdacht gegen Peters mit der Aussage eines 'unmittelbaren Tatzeugen'. Gestern sagte er, daß außer Peters und Christiansen 'keine weiteren Personen an den Tatorten waren'" (Welt, 2.12.92).

Zur vollständigen Verdeckung des Sachverhaltes diente offenbar einen Tag später die Auskunft aus der Bundesanwaltschaft, daß "der entscheidende Hinweis von einem 'aufmerksamen Bürger' und nicht von einem Mittäter oder einem anderen Kronzeugen" kam (Berliner Zeitung, 3.12.92).

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten des Lübecker Amtsrichters in verschiedener Richtung interpretierbar, der es am 17.11. - also kurz vor dem Möllner Anschlag - abgelehnt hatte einen Haftbefehl gegen die Gruppe um Peters zu erlassen. Mag sein, daß bei seiner Entscheidung tatsächlich rechtsstaatliche Bedenken eine entscheidende Rolle gespielt haben, und er die "Ausstellung eines Haftbefehls" wegen nicht ausreichender Verdachtsmomente abgelehnt" hatte (SZ, 3.12.92). Denkbar wäre aber auch, daß er wußte, daß in oder an der neofaschistischen Gruppe verdeckte Ermittler im Einsatz waren, und das Einsatzziel noch nicht erreicht war.

Auch wenn der Generalbundesanwalt gewohnheitsgemäß immer wieder betont hatte - unabhängig vom Stand der Ermittlungen -, daß die "Tat von Mölln von zwei Einzeltätern, nicht von einer Terroristengruppe" war (Welt, 1.12.92), dann will er natürlich die Hintergründe und Hintermänner der Tat ausklammern. Seine Äußerung, daß aus der Tatsache, daß es in Mölln eine neofaschistische Organisationsstruktur gibt, nicht der "allgemeine Schluß" gezogen werden darf, daß "hinter allen ausländerfeindlichen Anschlägen Organisationen stehen" (ebenda), zeigt, daß dieser Staat kein Interesse hat, das Geflecht neofaschistischer Gruppierungen bloßzulegen und die systematische Arbeit dieser Truppen zu zerschlagen.

Anton Maegerle / Sönke Braasch

"NATIONALISTISCHE FRONT" (NF) verboten

Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) hat im November 1992 die "Nationalistische Front" (NF) verboten.

"1. Die 'Nationalistische Front' richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung.

2. Die 'Nationalistische Front' ist verboten. Sie wird aufgelöst.

3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die 'Nationalistische Front' zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.

4. Das Vermögen der 'Nationalistischen Front' wird beschlagnahmt und eingezogen.

5. Die sofortige Vollziehung dieser Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens."

Vor dem Verbot der NF ist es im Gefolge eines Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft gegen den Parteivorsitzenden **Meinolf Schönborn** und 13 weitere Mitglieder der "Nationalistischen Front" (NF) zur Spaltung der NF gekommen. Schönborn - es besteht gegen ihn der Verdacht der Gründung einer terroristischen Vereinigung - hatte im Herbst 1991 den Aufbau eines "Nationalen Einsatzkommandos" (NEK) initiiert, zu dessen Zielen der Kampf für ein "völkisches Deutschland", "gegen Ausländerverbrecherbanden" und "Linke" gehörte. Vorbilder des NEK sollten die Freikorps und die Waffen-SS sein. Als Privatperson, jedoch mit Stempel der NF-Or-


Meinolf Schönborn

ganisationsleitung, hatte Schönborn das achtseitige Papier ("Der Kampf wird härter!") - angeblich ohne Rücksprache innerhalb seiner Kaderpartei- unterzeichnet. Am 11.März kam es bedingt durch das Ermittlungsverfahren zu zahlreichen Hausdurchsuchungen, u.a. auch im Zentrum der NF in Detmold-Pivitsheide. Die "Nationalistische Front" mußte befürch-

ten, daß die gesamte Organisation in die Ermittlungen miteinbezogen würde. Schadensbegrenzung hieß das Gebot der Stunde. Und mit Meinolf Schönborn war -nach außen hin-der Schuldige schnell gefunden.

Die NF entwickelte sich aus der am 17. September 1983 von **Karl-Joachim Armin** in München gegründeten "Nationalen Front", die sich 1984 in "Nationalistische Front" umbenannte. Ihre Aktivitäten beschränkten sich zunächst auf Bayern. Am 16.November 1985 konstituierte man sich in Steinhagen bei Bielefeld bundesweit. Zur Gründung fanden sich rund 60 Teilnehmer, darunter viele ehemalige "Junge Nationaldemokraten" (JN), die sich seit Januar 1982 im "Förderkreis Junges Deutschland" sammelten, ein. Bundesvorsitzender der Neugründung wurde der Freiburger Neonazi **Bernhard Pauli**, ein ehemaliges Mitglied der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit" (VSBD/PdA) um den heutigen FAP-Bundesvorsitzenden **Friedhelm Busse**. Neben Pauli, der bereits 1966 mit nationalrevolutionären Beiträgen in der "Freiburger Studenten Zeitung" auf sich aufmerksam machte, fanden sich **Josef Heggmaier** und weitere Aktivisten der 1982 verbotenen VSBD/PdA und deren Jugendorganisation "Junge Front" (JF) bei der NF ein. Zum NF-Generalsekretär wurde Meinolf Schönborn, früherer Kreisvorsitzender der NPD und nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der JN, gekürt. Am 31. Januar 1986 unterschrieb Schönborn einen Kaufvertrag für ein Haus in der Bleichstraße 143 in Bielefeld, dem lange Jahre umstrittenen "Nationalen Zentrum". Im Sommer desselben Jahres trat Schönborn die Nachfolge Paulis im Vorsitz der NF an. Im Februar 1987 ließ sich die NF beim Bundeswahlleiter als Partei registrieren. Noch bei der Europawahl 1989 erhielt die mittlerweile rund 200 Mitglieder starke "Nationalistische Front" keine Zulassung. Bei der Bremer Landtagswahl im vergangenen Jahr erzielte die NF lediglich 106 Stimmen oder 0,03 Prozent. Am 24. Mai dieses Jahres reichte es bei den Bezirkswahlen in Berlin, Bezirk Hohenschönhausen, zu 0,3 Prozent der Stimmen. Bei der Landratswahl im niederbayerischen Kelheim am 20. September fielen 1,29 Prozent der Stimmen auf **Andreas Pohl**. (Seiters zur Frage des Parteienstatus in der Verbotsverfügung der NF: "Die NF ist keine Partei gem. Art. 21 des Grundgesetzes. (...) Die NF verfügt (..) über keine hinreichend umfangreiche und feste Organisation, um ernsthaft und dauerhaft nach parlamentarischer Vertretung des Volkes zu streben. Darüber hinaus nimmt die NF nicht an Wahlen teil, um auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen oder sich an der Vertretung des Volkes im Parlament zu beteiligen.") Unterstützt wurde Pohl im Wahlkampf von der lokalen NF-Ortsgruppe unter Vorsitz von **Jürgen Eckmann**, Leserbriefschreiber in der antisemitischen Hetzschrift "Bauernschaft" des Alt-Nazi **Thies Christophersen**.

Die Aktivitäten der NF fanden stets eine entsprechende publizistische Begleitung. Meinolf Schönborn brachte die vormalige JN-Zeitschrift "Klartext" in die NF ein. Im Vertrieb des gleichnamigen "Klartext-Verlages" (im NF-Zentrum in Detmold/Pivitsheide untergebracht) war ein gemischtes rechtsextremes Sortiment erhältlich. Von Sturmhauben ("Dürfen in keinem nationalistischen Haushalt fehlen!"), T-Shirts, Anstecker, zahlreichen Aufklebern für die Propagandatätigkeit ("Vorwärts im Kampf für die Einheit der Nation", "2/3 unseres deutschen Volkes sind für Ausländer raus!", "Schluß mit dem Holocaust! Oder: Deutscher willst du ewig zahlen?", "Deutsche, lernt wieder aufrecht zu stehen!", "Ausländer-Integration ist Völkermord!" oder "Schlesien bleibt deutsch!") bis hin zur einschlägigen rechten Literatur wurde alles vertrieben. Neben der Zeitschrift "Klartext" unterhielt die NF bis 1990 das Ideologieorgan "Nachrichten aus der Szene" (NadS). Seit 1989 erschien in schlichter Aufmachung das interne Periodikum "Aufbruch". Schriftleiter und Verantwortlicher war **Steffen Hupka** (29), der auch schon mal in der Vertriebenen-Postille "Der Schlesier" schreibt. Vor seiner Zeit als NF-Aktivist kämpfte Hupka in den Reihen der JN und der ANS und war zeitweilig Mitarbeiter der Neonazi-Postille "SIEG". In knappen Worten wird in verschiedenen Ausgaben des "Aufbruch" über die Aktivitäten der einzelnen Stützpunkte (u.a. Essen, Freising/Oberbayern, Königs Wusterhausen, Rhein/Neckar, Rhein/Sieg, Traunstein) und Ortsgruppen (u.a. Kremmen, Kelheim) der NF berichtet. In der August '92 - Ausgabe des "Aufbruch" geht Steffen Hupka in der Einleitung auf die personellen Querelen zwischen Schönborn und Pohl/Hupka ein und gibt Entwarnung: "Nach dem Sonderparteitag der NATIONALISTISCHEN FRONT am 8. August in Brandenburg, kann die politische Arbeit für jeden Aktivisten der Partei ohne Einschränkung weitergehen. (...) Durch die Ausscheidung jener Elemente, die unsere Kameradschaft und unsere politisch-taktischen Prinzipien untergraben haben, kann die NF nur innerlich gestärkt hervorgehen." Auf dem erwähnten Sonderparteitag in Kremmen bei Oranienburg (Grußworte wurden vom FAP-Ortsvorsitzenden Berlin-Pankow überbracht), dem ein regulärer NF-Parteitag am 27. Juni in Hetendorf vorausging, auf dem Schönborn wiederum zum Vorsitzenden, Organisationsleiter und Generalsekretär gewählt worden war, fanden die personellen Veränderungen in der NF ihren endgültigen Niederschlag. Zum Nachfolger des von Pohl und Hupka abgesetzten 36jährigen Meinolf Schönborn ("Diese Sitzung war und ist rechtlich und erst recht moralisch ohne jegliche Bedeutung. Alle Beschlüsse dieses Treffens sind ungültig! Diese `Sitzung` >besser Putschversuch!< war und ist illegal und somit ohne jeglich rechtliche Bedeutung!"), der dennoch bis zum NF-Verbot weiterhin mit NF-Briefkopf als Parteivorsitzender zu Veranstaltungen einlud, wurde Andreas Siegfried Pohl (32) gewählt. Der neue "Mehrheits"-Vorstand unter Pohl/Hupka sah von nun an wie folgt aus: **Mathias Schwier**, Minden, wurde 1., **Jürgen Dehmer**, Rhein/Neckar, 2. und **Enno Gehrmann**, Kremmen, 3. Stellvertreter Pohls. **Helmut Braun**, Heidelberg, bleibt Bundeskassenwart und Steffen Hupka, Detmold, gehört dem Vorstand in der Funktion eines Beisitzers an. Die Bundesschiedskommission setzt sich aus **Axel Grunow**, **Heiner Teske** und **Lutz Bentrup** zusammen. Die Geschicke der NF sollte in Zukunft der erweiterte Vorstand, die sogenannte "Organisationsleitung" (OL), leiten. "Es soll und wird", so der "Aufbruch", "keinen absolut eigenverantwortlichen 'Führer' auf einsamer Höhe geben. "Festgehalten wird in der Juni-Ausgabe des "Aufbruch" aber am Prinzip der Kaderpartei: "Anspruch der NF war und ist die Kaderorganisation". Gemäß einem Beschluß des Sonderparteitages wurde der Sitz der Partei von Bielefeld nach Berlin verlegt. In der letzten Ausgabe der "Revolte" (2/1992), herausgegeben von der Lüdenscheider NF-Gruppe um **Harald Th. Mehr**, findet sich ein umfangreiches Interview mit Andreas Pohl. Vorgestellt wird der einstige Trommler der 1982 gegründeten rechten Skin-Kultband "Kraft durch Froide" mit einigen biographischen Daten. 1979 erfolgte der Einstieg Pohls in die rechtsextreme Szene als "autonomer Aktivist in der Skin-Szene". Pohl will danach im "Umfeld der ANS bzw. JN" gearbeitet haben. Seit 1985 gehörte Pohl der NF in führender Funktion an. In holprigen Ausführungen versucht der Nationalrevolutionär in der "Revolte" das Konzept der Kaderpartei zu erklären: In Zukunft solle mehr Wert auf "eine gute Auswahl der Anwärter und strenge Aufnahmebedingungen" gelegt werden. Denn ansonsten würde die NF sich "zu einer 'Massenpartei' entwickeln und wäre eine Truppe unter vielen im 'rechten' Lager." "Die Organisationsleitung", so Pohl im Interview weiter, "entschloß sich zu personellen Veränderungen auf oberster Führungsebene. Dies führte dazu, daß auch kritisierte charakterliche und weltanschauliche Mängel, gepaart mit Gewohnheitsfunktionärstum und Machtbesessenheit zu einer Auseinandersetzung führten, die nicht mehr nur auf die oberen Ebenen der Partei beschränkt blieb." Schönborn scheint dies anders zu sehen; nicht ideologische Unterschiede führten zur Spaltung der NF, sondern unsaubere Machenschaften der Kameraden um Pohl/Hupka: "Herrn Pohl wurde sein Führerschein in Höhe von DM 2.500,- bezahlt, er fuhr mit dem Klartext-Kleinlaster in 14 Tagen weit über 4.000 Kilometer, was bei einer Kilometerpauschale (ADAC-Liste) von 70 Pf= DM 2.800,- ausmacht. Und diese Summen hat Herr Pohl in weniger als zwei Monaten verbraten, ganz zu schweigen von den sonstigen Nebenkosten, die Herr Pohl in der Quellenstraße 20 verpraßt hat. Kamerad **Enno Gehrmann** (NF-Berlin) hat den Klartext-BMW (general überholt) für den Freundschaftspreis von 5.500 DM (Listenpreis DM 8.000,-) im Dezember 91 übernommen. Vertraglich hatte er sich zu Ratenzahlungen verpflichtet, bis heute, den 15. 06. 92, ist nicht eine Rate eingegangen. Herr Hupka hat vor über zwei Jahren eine komplette Computeranlage mit Drucker usw. im Gesamtwert von über DM 4.000,- erhalten, um seine Technikerarbeit und den Aufbruch schreiben zu können. Zum Dank dafür habe ich den Computer vor wenigen Wochen völlig verdreckt und komplett gelöscht zurückerhalten. Alle Daten, auch meine persönlichen Daten und sämtliche NF-Daten waren gelöscht, hier handelt es sich klar um geistigen Diebstahl!!!" (Schreibfehler im Original wurden beim Zitat korrigiert) Ohne Kommentar.

"Die Zusammenhänge erklären"

Bereits vor den Morden in Mölln sprach DER RECHTE RAND mit dem niedersächsischen Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgen Trittin (38). Er gehört zu den Initiatoren und Herausgebern des RECHTEN RANDES

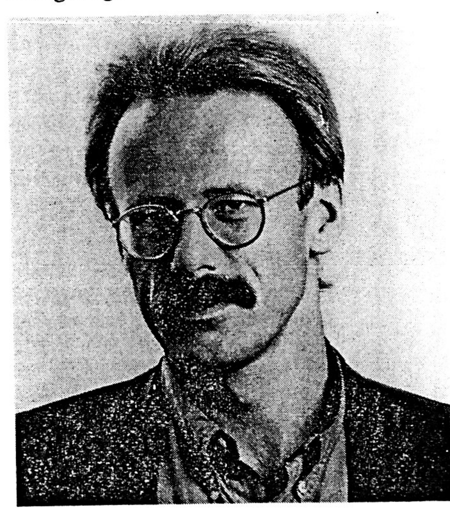
RR: *Die erste Frage bezieht sich auf die aktuellen Ereignisse, die Pogrome in Rostock und in anderen Städten, die nach unserer Auffassung von Neo-Faschisten vorbereitet und organisiert wurden. Greift die von der Landesregierung initiierte und unterstützte Kampagne gegen Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit nicht zu kurz? Welche Maßnahmen wird die Landesregierung gegen Ausländerfeindlichkeit und rassistische Einstellungen in der Bevölkerung und gegen den organisierten Neo-Faschismus ergreifen ?*

Trittin: Ich glaube, man muß sich über die Ursachen bzw. über die Vermutungen über die Ursachen auseinandersetzen. Es wird vielfach unter dem Motto, es handele sich um Deklassierte, deren ~~Zukunftsängste in soetwas~~ hereinprojiziert werden, gesagt, eigentlich müßte man ja dafür Verständnis haben bis dahin, daß es zu einem Jugendproblem umgelogen wird. Ich halte diese Vermutungen für mindestens unvollständig. Man muß sich fragen: woher kommt eine Grundeinstellung von Rassismus? Und die läßt sich empirisch nicht mit Perspektivlosigkeit, drohender Arbeitslosigkeit und materieller Verelendung in einem Satz beantworten.

Nach meinem Dafürhalten spielt dabei Wohlstandschauvinismus eine Rolle. Es hat in den vergangenen Jahren vonseiten der CDU, vonseiten der Bundesregierung eine Politik gegeben, die alle politischen, sozialen und ökonomischen Probleme, die sich aus diesem Umbruch in Gesamteuropa ergeben, auf diese eine Frage fokussiert hat. Wenn man fragt, was will man als erstes gegen neofaschistische, rassistische Einstellungen tun, so muß als erstes mit einer Politik aufgehört werden, die den Motiven dieser Leute verbal Recht gibt. Was die Schlägertrupps angeht, wird es ganz makaber: Antifaschisten sind über lange Zeit herumgelaufen, haben die Leute namentlich mit ihren gesamten Querverbindungen benannt. Damals ist ihnen ist ihnen immer gesagt worden, das ist ein harmloser Spinner und Einzeltäter. Und schließlich ist es kein Zufall, daß in Mecklenburg-Vorpommern, wenn die Rechten ein Haus abfackeln wollen, zwei Stunden Einsatzpause gemacht wird und wenn 3000 antifaschistische Demonstranten ankommen, ihnen die Feuerzeuge weggenommen werden.

RR: *Gibt es denn polizeiliche Konzepte für Vorfälle in Niedersachsen?*

Trittin: Das ist eigentlich eine Frage an das Innenministerium. Also, ich bin da ja kein Experte, was die Polizei und ihre Einsatzführung angeht. Schon im Zusammenhang mit Hoyerswerda wurde damit begonnen, in den Einrichtungen die das Land Niedersachsen betreibt, sicherzustellen, daß eine Rund-Um-Die-Uhr-Präsenz gewährleistet ist. Das ist eine Auflage bei der Genehmigung. Wir haben die einzelnen Objekte über die Bezirksregierungen daraufüberprüfen lassen, ob weitere Sicherungsmaßnahmen wie Bewegungsmelder notwendig sind. Es gibt mit der Polizei die Verabredung, jedes Objekt in die Bestreifung miteinzubeziehen. Das ist nie unterbrochen worden, und in Niedersachsen wird jeder Vorfall in dieser Hinsicht als besonderer Vorfall entsprechend gemeldet, gesammelt und ausgewertet. Das ist in anderen Bundesländern anders geregelt. Die Polizei ist hier jedoch hochmotiviert, doch eine hunderprozentige Sicherheit gibt es nicht in diesem Bereich, wie die 190 Straftaten 1992 in Niedersachsen belegen. Aber das Risiko für Täter ist in den Ost-Ländern geringer als in den West-Ländern.



RR: *Ich will noch einmal auf die Kampagne der Landesregierung zurückkommen. Gibt es auch Elemente darin, die auf die Neonazikader hinweisen?*

Trittin: Von unserem Ministerium machen wir zweierlei: wir versuchen etwas zum Hintergrund von Flucht und Zuwanderung mit Veranstaltungen, Broschüren usw. den Leuten nahezubringen und wenn neue Einrichtungen geplant sind, dann werden dort auch öffentliche Veranstaltungen mit den Bürgern gemacht. Wir müssen den Leuten, die Zusammenhänge zu erklären und demagogische Verdrehungen zurechtrücken.

Ein weiterer Ansatz ist das relativ gut ausgestattete Projekt der Ausländerbeauftragten, das sie in eigener Verantwortung macht, nämlich das "Bündnis gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß". Das ist eine überparteiliche Veranstaltung; da sitzt auch die CDU mit am Tisch.

Es geht um die Veränderung von Alltagsbewußtsein. Empirische Befunde und Umfragen zeichnen hier ein sehr widersprüchliches Bild. E sfinden sich rassistische Einstellungen kombiniert mit Bejahung von Sätzen " niemand darf abgeschoben werden, wo ihm Folter droht". Eine rigide Abschottung wird gefordert, und auf der anderen Seite finden wir einen Rest an Humanität. Da kommen z. B. heftige Vertreter der Änderung - das ist ja faktisch die Abschaffung - des Grundrechts auf Asyl zu uns, CDU-Landtagsabgeordnete, und erzählen, daß sie einen Flüchtling in ihrer Gemeinde haben, der soll jetzt abgeschoben werden, der sei so ein netter Kerl, der arbeite beim Nachbarn, den könnt ihr doch nicht abschieben. Wegen des widersprüchlichen Bewußtseins für solche Kampagnen sehr schwierig, zu Bewußtseinsveränderungen zu kommen.

RR: *Diese Kampagne appelliert aber doch eher daran, daß man mit Ausländern friedlich zusammenleben könnte. Wäre es nicht sinnvoll, gerade über die Fluchtursachen viel intensiver aufzuklären. Wenn ich das bei uns z. B. im Betrieb mit Kollegen diskutiere und schildere ihnen konkrete Fälle wie es bspw. in der Türkei für Kurden ganz konkret aussieht, dann sind sie in der Regel eher bereit, die Anwesenheit von kurdischen Flüchtlingen zu akzeptieren.*

Trittin: Das haben wir mit den Bosniern jetzt auch erlebt. Die Bosnier sind deswegen aufgenommen worden, weil die Fluchtursachen unmittelbar begreifbar waren. Deswegen sind die, die aus Ex-Jugoslawien kommen, weniger umstritten als etwa die Rumänen. Über sie gibt es kaum Berichte im Fernsehen. Das muß man immer mitbedenken; wir bewegen uns in einer Medienwelt, die für Realität gehalten wird.

RR: *Was die Aufklärungsarbeit betrifft. Mir ist in zahlreichen Bildungsseminaren aufgefallen, daß es sehr wenig Kenntnisse über die Geschichte des organisierten Neo-Faschismus gibt. Für die meisten fängt der Neo-Faschismus mit den Wahlerfolgen der "Republikaner" in Berlin 1989 an, was es vorher gegeben hat, daran können sich viele nicht erinnern.*

Trittin: Das stimmt. Die Kontinuität in den Einstellungen, wie sie beispielsweise die Shell- und die Sinus-Studie gezeigt haben, ist nicht Neues. Die "Landeszentrale für politische Bildung" hat zusammen mit Leuten aus der Flüchtlingsarbeit versucht, über die Fluchtursachen zu informieren. Man kann das in Grenzen tun, aber häufiger entscheidet dann eine Tagesnachricht über eine Einstellung. So haben wir im letzten Jahr nach Hoyerswerda auch eine gegenläufige Reaktion gehabt. Plötzlich war Ausländerfeindlichkeit nicht "in".

RR: *Gibt es ähnliche Tendenzen auch jetzt?*

Trittin: Zur Zeit sehe ich das nicht, weil vielfach offenes Verständnis für all diese Umtriebe bei der etablierten Politik demonstriert wird.

RR: *Ist es nicht sogar eine inhaltliche Bestätigung?*

Trittin: Ja, die fühlen sich bestätigt. Wenn sie Steine schmeißen und Bundesinnenminister Seiters stellt sich hin und sagt, das Grundrecht auf Asyl müsse abgeschafft werden, dann glauben die Steinewerfer, sie seien im Recht.

RR: *Die Organisatoren der Pogrome, die wollen nicht nur die "Asylanten" totschlagen, die wollen gesellschaftliche Macht.*

Trittin: Ja, die Randalierer und ihre Claqueure wollen eine andere Gesellschaft. Nicht alle haben ein geschlossenes faschistisches oder faschistoides Gesellschaftsbild, aber sie wollen ihren Haß ausleben.

RR: *Uns ist aufgefallen, daß gerade auf der mittleren Funktionärsebene nicht "orientierungslose" Jugendliche oder Arbeitslose oder gar "Prollies" engagiert sind, sondern sich eher der gehobene Mittelstand aktiviert und organisiert und mit geballter Energie seine Politik durchsetzen will. Es handelt sich um Söhne, die irgendwann die Villa ihres Papas erben, wenn wir uns einige Funktionäre aus dem Nordwesten Niedersachsens anschaue. Denen geht es im Prinzip bestens.*

Trittin: Es gibt diese populäre Scheinerklärung - so muß man das sagen - die darauf hinauslaufen, das seien alles so arme Schweine - Unterprivilegierte. Ich halte das für völlig falsch, wenn ich mir den organisatorischen Unterbau von denen anschaue. Ich halte auch Erklärungen für Unsinn, neonazistische Einstellungen in Potenzkonkurrenz mit türkischen Jugendlichen begründet, wie das im SPIEGEL zu lesen war. Ebenso lehne ich Modelle ab, die - etwas wissenschaftlicher - von Jugendforschern aufgestellt werden, wonach die Entwicklung der Produktivkräfte und der damit einhergehende Zerfall der Kleinfamilie und mangelnde mütterliche Zuwendung diese armen Bengels dazu veranlassen, andere totzuschlagen. Das wird den Ideologen und den Organisatoren in keiner Weise gerecht.

RR: *Wir wollen jetzt einmal auf einen weiteren organisatorischen Hintergrund zu sprechen kommen, auf die Revanchistenverbände. Sie sind schon selber aktiv gegen die vorgegangen. Diese Verbände werden meistens nicht genannt, wenn es um die aktuellen Geschehnisse geht. Es gibt aber durchaus Belege dafür, daß z.B. der Bund der Vetriebenen in Bonn zumindest den militanten Neo-Faschisten Räumlichkeiten und Infrastrukturen zur Verfügung gestellt hat. Ich habe das für einen sehr wichtigen Schritt gehalten, solchen Verbänden die Mittel zu streichen. Es handelt sich da jährlich um Millionenbeträge, die AntifaschistInnen in der Regel nicht zur Verfügung stehen.*

Trittin: Wir haben bei den Koalitionsvereinbarungen gesagt, eine Förderung von revanchistischen Verbänden, zu denen wir den BdV sowie kleinere Kulturwerke zählen, findet nicht statt. Wir haben auf der anderen Seite die Notwendigkeit, die sich aus dem Paragraphen 96 des immer noch geltenden Bundesvertriebenengesetzes ergibt, daß die Länder und der Bund die Förderung der Kultur aus den Vertreibungsgebieten betreiben müssen. Wir haben daraus ein neues Konzept entwickelt. Wir fördern aus diesen Mitteln die deutsch-polnische Aussöhnung. Wir haben Projekte, die in Polen festgelegt werden, so z.B. den jüdischen Friedhof in Wroclaw, der in seinem Bestand als Kulturgut erhalten wird. Wir haben gleichzeitig die Vergaberichtlinien für den daneben noch existierenden "Kulturpreis Schlesien" so geändert, daß nun auch diese Zweckbestimmung in den Vordergrund gestellt wird und damit auch Leute gefördert werden, die auf eine nicht separatistische Versöhnung und interkulturellen Dialog setzende Politik der Deutschen und Polen orientiert sind.

RR: *Darf ich einmal eine These wagen zu dem was da im Augenblick abläuft: Wenn man sich einmal anschaut, wo die militanten Anschläge stattfinden, so kann man eine Häufung in der Nähe zur polnischen Grenze beobachten. Wenn man weiß, daß gleichzeitig so "renommierte" Organisationen wie der "Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA) eine Menge Gelder dafür bekommen, um für die "deutsche Kultur" in Polen zu arbeiten. Könnte das nicht einmal Hand in Hand gehen, so daß das Herausbilden eines "deutschen Bewußtseins" in Polen, sowie diese Pogromgeschichten dort Unruhe- und Aufstandssituationen provozieren. Auch wenn die Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hat, so ist die Grenzfrage für die Neo-Faschisten nicht geklärt. Man kann Positionen auch langfristig aufweichen.*

Trittin: Den "Verein für das Deutschtum im Ausland" würde ich trotz seines schrecklichen Namens nicht in so eine Reihe stellen. Ich kenne die Tätigkeiten dieses Vereins nicht aus Polen, sondern aus dem Bereich der GUS. Die Rolle dieses Verbandes in der GUS besteht darin, die Deutschen zu beruhigen, damit sie nicht so schnell kommen, obwohl er durch seine Informationsarbeit oft ungewollt das gerade Gegenteil bewirkt. Es gibt ein Beispiel, daß in einer Region der GUS die Deutschen bleiben wollten, nach dem Einsatz der Bleibehilfe umgehend 1/4 der Deutschstämmigen einen Aufnahmeantrag gestellt hat.

RR: *Es gab ja noch die Sache mit der Landsmannschaft Schlesien, die durch die Presse ging. Es hieß, die Landsmannschaft habe eventuell Gelder veruntreut bzw. für Zwecke verwendet, die nicht den Vergabebedingungen entsprachen. Über das Ergebnis der Untersuchung, die daraufhin eingeleitet worden ist, wurde nichts in der Öffentlichkeit bekannt.*

Trittin: Es hat einen Bericht des Landesrechnungshofes gegeben, wonach es einen Vorgriff und dann eine andere Verwendung der von der Landsmannschaft Schlesien beantragten Mittel gegeben hat. Wir haben den Bericht des Landesrechnungshofes nachgeprüft, der z.T. unsere Vorwürfe gegen die Landsmannschaft bestätigt hat. Es handelte sich um die Schlesiertreffen, dafür gibt es von Niedersachsen jetzt auch kein Geld mehr. Die sind aber gar nicht auf unsere Gelder angewiesen, weil die das alles vom Bund bekommen. Die haben heute auch ohne das Geld von Niedersachsen so viel Geld wie nie.

RR: *In der Zeit der Albrecht-Regierung hat es eine ganze Reihe von unaufgeklärten Fällen gegeben, in denen AntifaschistInnen eine Verwicklung zwischen staatlichen Institutionen und Rechtsextremen vermuteten bzw. in einigen Fällen belegen konnten. Als Fraktionssprecher der GRÜNEN waren Sie einer der wenigen Parlamentarier, die eine rückhaltlose Aufklärung forderten. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen bzw. denkt sie zu ergreifen, um die Hintergründe z.B. für die Fälle "Gottwald", "Lepzien" oder "Lembke" aufzudecken?*

Trittin: Es gibt keinen speziellen Untersuchungsauftrag, um diese Fälle aufzuklären. Ich weiß auch nicht, was man da noch aufklären kann. Ich nehme an, was "Lepzien" betrifft, ist alles bekannt, die Ermittlungen zu Lembke sind abgeschlossen. Das Problem ist ein anderes: nämlich auf den Geheimdienst einzuwirken und ihn zu reduzieren. Da sind erhebliche Anstrengungen unternommen worden. Gerade im operativen Bereich hat der Verfassungsschutz drastisch abgespeckt. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten wurde an Voraussetzungen gebunden, die die Tätigkeiten von agents provocateurs de jure ausschließen und einen Kontrollmechanismus in Form der parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) installiert. Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, daß es, solange es Geheimdienste gibt, auch Mißbrauch geben kann.

Für den Rechten Rand (RR) führten das Gespräch Klaus Harbart und Raimund Hethey

Ex-Oberstleutnant der Bundeswehr organisiert Republikaner

Der Bundeswehr-Oberstleutnant a.D. **Udo Bösch** ist neuer hauptamtlicher Organisationsleiter der rechtsradikalen Republikaner. Er will vor allem die Struktur der Partei in Ostdeutschland verbessern und die Unterwanderung der Republikaner durch extremistische Kräfte verhindern, sagte Bösch am Montag vor Journalisten in Bonn.

Nach eigenen Angaben war Bösch 23 Jahre lang Stabsoffizier der Bundeswehr und dabei einige Jahre auch für den Bundesnachrichtendienst tätig. 1987 sei er bei der besonderen Frühpensionierungsaktion der Bundeswehr in den Ruhestand versetzt worden. Im selben Jahr sei er nach 22jähriger Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten. Den Republikanern sei er erst im Frühjahr 1992 beigetreten.

Die Zahl der Mitglieder der rechtsradikalen Partei gab deren Chef Franz Schönhuber mit 23.000 an. Bis Jahresende erwarte er einen Anstieg auf 24.000. Damit wären die Rechtsradikalen fast wieder an ihrem Ende der achtziger Jahre verzeichneten bisherigen Höchststand von 25.000 angelangt.

Sönke Braasch

Skinheads und ihre Musik

"Schöne Welt"

Rechtsextreme Skinheads und mit ihnen Musikgruppen sowie Publikationen, sogenannte "Skinzines", blieben von der Öffentlichkeit und staatlichen Institutionen lange Zeit weitgehend unbeachtet. Man billigte den Skins den unpolitischen Status einer jugendlichen Subkultur zu. Noch in dem im vergangenem Jahr veröffentlichten Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1990 fand lediglich ein Skinzine namens "White Power" aus dem Umfeld der neonazistischen "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Erwähnung. Musikgruppen der rechten Skinhead-Szene fanden überhaupt keinen Eingang in den jährlichen Bericht. Ende 1991 vollzog sich ein später Wandel.

Die Verfassungsschutzbehörden der Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen legten Broschüren zum Thema Skinheads vor. Im Herbst dieses Jahres verstärkte sich die Diskussion über Brisanz und Umgang mit den rechten Glatzköpfen. Weitere Indizierung von Musiktiteln und strafrechtliche Verfolgung antisemitischer und rassistischer Texte stehen an.

Gegen die rechtsextremistische Skin-Band "Tonstörung" aus dem Raum Mannheim laufen zwei Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß sowie Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die örtliche Jüdische Gemeinde erstattete Strafanzeige gegen die antisemitischen Mißtöne von "Tonstörung". Mit Unterbrechungen und Umbesetzungen besteht die Band seit Mitte 1988. Zwei Jahre später nimmt die Musikgruppe ein sogenanntes "Demo-Tape" sowie eine Platte mit dem Titel "Schöne Welt" auf. Im Mai 1991 spielen "Tonstörung" bei einem Konzert im österreichischen Bregenz neben Stücken wie "White Power", "Free My Land" und "Berlin" auch das "Horst-Wessel-Lied". Am 24. April dieses Jahres treten "Tonstörung" bei einem Benefiz-Konzert zugunsten des aus der Bundesrepublik ausgewiesenen niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden, **Karl Polacek** (58), auf. In Wernigerode/Harz (Thüringen) spielen neben der "besten Band aus Deutschland", so urteilt das Skinzine "Schlachtruf" im Frühjahr 1992 über die Mannheimer Combo, auch "Stuka", Kraftschlag" und "Commando Pernod" auf. In einem Interview in dem ultrarechten Skinzine - dieses Substantiv leitet sich aus dem englischen Skin-Magazine ab - "Endsieg" machen der Schlagzeuger und der Sänger der Band "Tonstörung" keinen Hehl aus ihrer Gesinnung. Sänger **Muncke** bezeichnet sich als "Sozialist und Nationalist (Nationalrevolutionär)", Trommler **Eichler** nimmt für sich in Anspruch, ein "Patriot" zu sein. Obgleich in einem anderen Interview mit dem rechten Skinzine "The New Breed" (Die neue Saat) aus Burscheid im Frühjahr 1991 "Tonstörung" auf die Frage nach politischen Aktivitäten recht ausweichend antwortet - "Wir gehen manchmal zur NF, aber Mitglied in einer Partei ist niemand" - soll Muncke sich im privaten Gespräch offen zur Mitgliedschaft in der jüngst verbotenen "Nationalistischen Front" bekennen. Im November 1992 fängt die Polizei einen gecharterten Reisebus der "Tonstörung" bei der Abfahrt ab. Geplant ist für den Tag ursprünglich ein Gig in Leipzig.

Erhältlich sind Tonträger wie "Schöne Welt" im einschlägigen Versandhandel und in Plattenläden in der ganzen Bundesrepublik. Beispielsweise bietet **Andreas Gängel** (22), jüngst wegen Volksverhetzung verurteiltes ehemaliges Mitglied der "Nationalistischen Front", bereits seit 1991 das nun inkriminierte Demo-Tape der Mannheimer "Tonstörung" in seinem "Endsieg Versand" (ESV) an. Vertrieben werden Musik, T-Shirts und andere Devotionalien der Skinszene auch vom "Querschläger"-Versand-Werbeslogan: "Deutsche Skins. Kurze Haare, radikal, sozialistisch, national" - in Essen. In den späten 80er Jahren gehört das gleichnamige "Querschläger"-Skinzine ("Pressefrechheit gegen Meinungseinfalt") zu den Kultblättern der rechten Skin-Szene. Der "Querschläger" wandelt sich in den Jahren seines Bestehens von einem bloßen Mitteilungsblatt des Essener Kreisverbandes der "FAP" zu einem bundesweit vertriebenen Skinzine. 1991 wird das Erscheinen des "Querschläger" eingestellt. Statt dessen erscheint nun in Nachfolge das "Ketzerblatt FRONTAL". Besondere Bedeutung haben Plattenlabels und Vertriebe wie "Rock-O-Rama" aus Brühl bei Köln, "White Power", "Skull Records", "Walzwerk" (dahinter verbergen sich zwei Musiker der Oi-Skin-Band "Boots & Braces"), "Turbo Music" (Geislingen/Baden-Württemberg) und "Rebelles Européens", Brest/Frankreich. Macher von "Rock-O-Rama" ist **Herbert Egoldt**, dem auch Verbindungen zu NPD, "Stahlhelm - Kampfbund für Europa" und FAP nachgesagt werden. Eine Strafanzeige gegen Egoldt wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung aus dem Jahre 1986 wurde kurzerhand eingestellt.

[illegible] 458, A-1171 Wien+++Am 30. April fand im mitteldeutschen Werningerode ein Solidaritätsgig für den nach Österreich abgeschobenen Karl Polacek statt. Zum Tanze spielten die Bands auf ohne einen Pfennig »Gage« zu verlangen. »Stuka«, »Kraftschlag«, »Tonstörung« und (man höre & staune) »Commando Pernod« spielte nach fast schon einer Ewigkeit wieder live. Leider hatte die vorhandene Verstärkeranlage etwas gelitten, so daß von dem Gebotenen meist nicht mehr als ein derber Krach ausging. Einzige Ausnahmen waren »Tonstörung« bei denen im Laufe des Autritts richtige Stimmung aufkam. Zu guter Letzt wa- [illegible], dann [illegible]P aus Hamburg dran, we[illegible]

Gefunden in "Frontal" Nr.:4/92

Andere rechte Skin-Bands tragen Namen wie "Radikahl", "Werwolf" ("Als Anlehnung an die Widerstandskämpfer haben wir den Namen eigentlich nicht gewählt. Er ist uns halt einfach so eingefallen"), "Stuka", "Endstufe", "Wotan", "Sperrzone" (Wiesenbach bei Heidelberg) und "Oberste Heeresleitung". "Radikahl" aus Nürnberg begann 1989 unter dem Namen "Giftgas". Ein Skinzine erscheint dort unter dem gleichen Namen, denn "Band und Zine bilden in Nürnberg eine Einheit." Bayerischer Landesvorsitzender der neonazistischen "Nationalen Offensive" von **Michael Swierczek** (31) ist der ehemalige Gitarrist von "Kruppstahl". Die Combo fiel Ende der 80er Jahre auseinander, als die eine Hälfte des Quartetts eine Haftstrafe wegen eines Raubüberfalls antreten mußte. "Volkszorn" stammt aus dem Umfeld der hessischen FAP. Zeitweiliger Manager und Sänger der Truppe ist der bereits erwähnte Andreas Gängel aus dem nordbadischen Bruchsal. Sänger und Gitarrist **Ronald "Ronny" Haser** zählt zu den Freunden des hessischen FAP-Landesvorsitzenden **Manfred Girr**. Betitelt sind die beiden Demo-Tapes von "Volkszorn" bezeichnenderweise mit "Ali" und "Blut & Ehre". Der Band "Die wahre Pracht" verleiht die Stimme des Neonazis **Dieter "Miesling" Riefling** den rechten Ausdruck. Daneben tut sich der gelernte Bäkker und überzeugte Antisemit Riefling (24) noch als Funktionär der lokalen FAP-Abspaltung "Ruhrfront" und als Macher des Skinzines "Der Aktivist" hervor. Höhepunkt seines künstlerischen Schaffens ist seine Rolle als Mikrophon-Ständer bei einem der "Skrewdriver"-Konzerte.

Prominenteste deutschsprachige Band der rechtsextremen Skinszene ist die 1988 gegründete "Störkraft". Manager dieses Trios ist das ehemalige FAP-Mitglied **Torsten Lemmer** (23), Fraktionsgeschäftsführer der "Freien Wählergemeinschaft" (FWG) Düsseldorf. Die zweiköpfige Fraktion ist eine Abspaltung der "Republikaner". Der alerte Band-Manager Lemmer tritt bisweilen - gemeinsam mit Sänger **Jörg Petrich** (23) - im Fernsehen auf. Die rhetorische Distanzierung von rechtsextremen Skinheads bleibt dabei völlig unglaubwürdig. In dem Lied "Söldner" von "Störkraft" beispielsweise heißt es ganz direkt: "Er ist ein Söldner und Faschist, er ist ein Mörder und Sadist, er hat keine Freunde, er liebt uns nicht, ein Menschenleben interessiert ihn nicht, er hat keine Seele und keinen Verstand, er hat keine Herkunft, man hat ihn verbannt. Er ist ein Skinhead und Faschist, er hat eine Glatze

und ist Rassist, Moral und Herz besitzt er nicht, Haß und Gewalt zeichnen sein Gesicht, er liebt den Krieg und liebt die Gewalt, und bist du sein Feind, dann macht er dich kalt." Ein für den 9. November von der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" geplanter Auftritt der "Störkraft" in Köln unter dem Motto "Rock für Deutschland" wird kurzfristig abgesagt. Das aktuelle Album "Mann für Mann" der Band wird im November durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert: "Der Inhalt der Platte wirkt auf Jugendliche verrohend, reizt zur Gewalttätigkeit und Rassenhaß an und vertritt nationalsozialistisches Ideengut." Nach Angaben von "Europa Vorn", neurechtes Organ des Kölner "Deutschen Liga"-Funktionärs **Manfred Rouhs** (27), wurden bislang 60.000 Exemplare des Albums "Mann für Mann" abgesetzt. Im November werden weitere Aufnahmen der rechten Musikszene indiziert. Der "Hakenkreuz"-Song der Nürnberger "Radikahl" gehört dazu.

Unbestrittener Star aller rechten Skin-Bands sind "Skrewdriver" um ihren 33jährigen Chef **Ian Stuart Donaldson** aus England. Konzerte dieser Fascho-Kombo ziehen seit 1977 in ganz Europa die größten Massen an. Auftritte vor einigen tausend begeisterten Zuhörern sind keine Seltenheit. Zu "Skrewdriver" (Schraubenzieher) gehört mit "Blood and Honour" (Blut und Ehre) ein internationales Netzwerk an regelmäßigen Aktivitäten ("Rock Against Communism"), Bands und Magazinen. Ian Stuart Donaldson, der "Skrewdriver" zuerst in die ideologische und organisatorische Nähe der neonazistischen "National Front" führte, ist mittlerweile auf die Selbständigkeit von "Blood and Honour" bedacht.

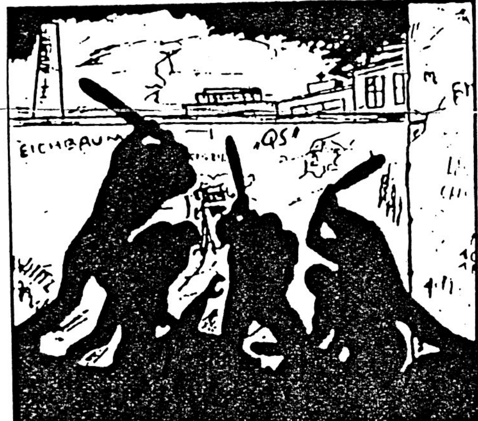
Umstritten sind in der augenblicklichen Diskussion auch die "Böhsen Onkelz" aus Frankfurt. Mit ihrer aktuellen Veröffentlichung "Heilige Lieder" erreicht das Quartett um **Stephan Weidner** vordere Plazierungen in den deutschen LP-Charts. Eine Viertel Million Langspielplatten und CD sollen von den "Heiligen Liedern" bislang verkauft worden sein. Produziert wird die Band nach dem Wechsel von "Rock-O-Rama" zur renommierten Plattenfirma Bellaphon unter erstklassigen Bedingungen. Die jüngsten Texte sind unverfänglich, die Promotion ausreichend. Auf ihre Vergangenheit angesprochen, reagieren die "Böhsen Onkelz" unwillig. Denn in den 80er Jahren waren die "Onkelz" die Nummer 1 unter allen rechten Bands in der Bundesrepublik. Aufnahmen aus dieser Zeit, insbesondere das am 15. August 1986 indizierte Album "Der nette Mann", sind heute begehrte und hoch gehandelte Raritäten bei Hooligans und Fascho-Glatzen ("Verkaufe Onkelz-LP 'Der nette Mann' gegen Höchstgebot"). Viele neonazistische Boneheads sehen in den "Onkelz" Verräter. In "Proißens Gloria", einem Berliner FAP-Skinzine, resümiert 1991 ein glatzköpfiger Konzertbesucher: "Einmal ONKELZ live reichen mir zu Genüge, da sie eben doch nicht mehr das sind, was sie einmal waren und hoite leugnen." Doch hört man "neben den noien Liedern auch gute alte Stücke aus der wunderbaren Zeit wie 'Netter Mann', 'Mexico' und einige andere goile Teile." Und so dienen Konzerte der "Böhsen Onkelz" weiterhin dem rechtsextremen Stelldichein. Dem Anspruch einer völlig unpolitischen Heavy-Metal-Band zum Trotz. Zahlreiche Kahlrasierte mit schwarzen Springerstiefeln, Bomberjacke und rechter Gesinnung finden zu den Auftritten der "Böhsen Onkelz". Emporgereckte rechte Arme und nationalistische Parolen sind im Umfeld der Konzerte üblich. Verbote von Konzerten wie im Rahmen der "Heilige-Lieder-Tour 92" in Rendsburg und in Darmstadt sind die Folge.

Eine andere Kult-Band aus vergangenen Tagen ist "Kraft durch Froide" (KdF) aus West-Berlin. Prominentestes Mitglied von KdF stellt **Andreas Siegfried Pohl** (32) dar. Als "Pole" nimmt er damals den Platz am Schlagzeug ein. Die Band zerfällt 1987, ein Jahr später steigt Pohl endgültig aus der Skinszene aus. "Zu ehemaligen Mitgliedern habe ich so gut wie keinen Kontakt mehr. Sie sind entweder 'normal' geworden", so Pohl in einem Interview im "Endsieg", "oder haben sich dem Suff ergeben." Über drei Seiten hinweg kann sich der langjährige führende Funktionär der neonazistischen "Nationalistischen Front" im Blatt seines Parteigenossen Andreas Gängel über Vergangenheit und Gegenwart auslassen. Zur Skinmusik-Szene weiß Pohl: "Leider fehlt den meisten Gruppen ein eigenes Profil, einfallslose Namen, und endlose Onkelz-Kopien erscheinen auf der Szene. Ich möchte nicht den Anspruch erheben, daß die Texte von KDF immer besonders gut waren, aber jede Art von Musik muß sich weiterentwickeln." Die Qualität der Texte von KdF kann mit sexistisch und rechtsextremistisch beschrieben werden. In dem Lied "OPTIMIST!!!!!" heißt es: "Sie sagen uns wir sind Verbrecher. Sie sagen uns wir haben Schuld. Sie nennen uns Mörder. Sie nennen uns Schlächter. Ich bin stolz ein Deutscher zu sein. Ich bin stolz ein Skinhead zu sein." Oder in "Dein Kampf!!!" lautet die dritte Strophe: "Du bist anders als die Andern, denn Du hast Dich kahl rasiert, schwere Stiefel, tätowiert. Du hast Deinen Weg gewählt, ohne Kompromisse bis zur letzten Konsequenz. Du wirst kämpfen für Dein Recht für ein besseres Leben. Mach die Zukunft lebenswert oder Du wirst sterben!!" Im Refrain tönt es dann dumpf: "Skinhead heißt der Weg, den Du wählst. Er gibt Dir die Kraft zum Überleben. Du wirst kämpfen und wirst siegen. Du wirst diese Schweine killen killen killen."

Daß es auch anders geht, zeigt die S.H.A.R.P-Bewegung. Unter der Parole "SkinHeads Against Racial Prejudice" versammeln sich antirassistische und teilweise auch politisch links stehende Skins, die Redskins. Verbunden mit diesen Ideen fühlen sich Bands wie "No Sports" aus Stuttgart. In ihrem Song "Stay Rude - Stay Rebel" heißt es: "Stay rude against the fascist regimes. Stay rebel against politicians' dreams. Stay rude and fight back against injustice. Stay rebel against racial prejudice." Und am Ende des Textes fordert die Ska-Band: "SKINHEADS remember your roots. Think with your brain and not with your boots. Stay rude - stay rebel. Stay rebel - stay S.H.A.R.P."

Der "Hakenkreuz"-Song der rechtsextremen Skin-Band "Radikahl" beschäftigt Staatsanwaltschaft und Gerichte. Die Staatsanwaltschaft wirft Mitgliedern der Band das "Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" vor und will diese deshalb vor die Staatsschutzkammer des Landgerichts bringen. Das Gesetz sieht für das Delikt eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe vor. Im inkriminierten Song jubelt die Skin-Band: "... wehend auf alten deutschen Fahnen/führst du mich auf rechte Bahnen/für mich gilt es auch noch heut/Rasse, Stolz und Hakenkreuz." A.M.

Tonstörung



Schöne Welt

Journalismus

Eine ganze Seite widmete die November-Ausgabe der rechten Zeitschrift "Junge Freiheit" (JF, siehe auch DRR 18) einem Interview mit dem Mitglied der IG Metall-Grundsatzkommission Wolfgang Kowalsky. Kowalsky, der bis vor kurzem als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Otto-Suhr-Institut in Berlin tätig war und das umstrittene Buch "Rechtsaußen und die verfehlten Strategien der Linken" veröffentlicht hat, hatte den Abdruck des Interviews ausdrücklich untersagt. Dennoch veröffentlichte es die JF unter der Überschrift "Die Linke muß ihr Verhältnis zur Nation überdenken" und "Der Antifaschismus als Strategie gegen die Rechte ist gescheitert".

Prinzipiell hält Kowalsky jedoch ein Interview in einem Blatt wie der Jungen Freiheit, der der STERN eine "Scharnierfunktion" im rechten Lager zumißt, für unproblematisch. Eine Aufwertung des Blattes sei damit nicht verbunden.

Eine Besprechung des Kowalsky-Buches, das das Interesse der rechtsextremen Publizistik geweckt und auch zu Kontroversen auf dem letzten IGM-Gewerkschaftstag geführt hat, werden wir im nächsten Rechten Rand veröffentlichen.

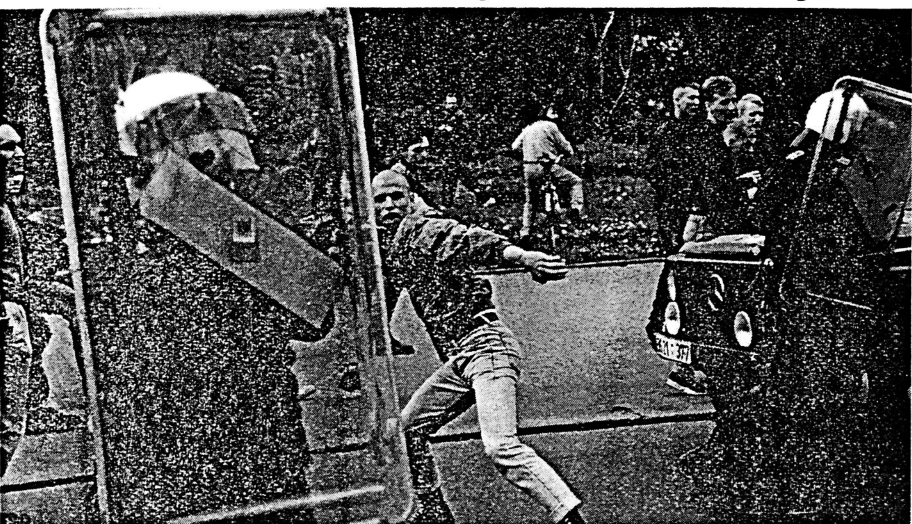
Winfried Holzinger

...sie haben keine Ahnung vom Leben

So endet ein Text von Klaus Eilers, der als "Übersetzter Brief eines afrikanischen Asylbewerbers an seine in Nigeria lebende Ehefrau" unter dem Thema "Asyl in Deutschland" in der Zeitung "Deutsche Polizei" im Landesjournal Bremen der "Gewerkschaft der Polizei" (GDP) als Leserbrief in der Oktober-Ausgabe 1992 erschienen war. Es handelt sich hierbei um eine Zeitung, die als Gewerkschaftszeitung innerhalb der Polizei vertrieben und gelesen wird.

Dieser veröffentlichte Brief vereinigt alle rassistischen Stereotypen, die hier insbesondere für Schwarzafrikaner als Flüchtlinge im Umlauf sind. Damit konstruiert der Verfasser den Prototyp eines afrikanischen Flüchtlings. Eine Klassifizierung des Flüchtlings nach Qualitätskategorien vermitteln den Eindruck, daß Nichteuropäer als minderwertig eingestuft werden. Der Text vermittelt dem Leser, daß durch falsche Namensnennungen faktisch alle Asylbewerber mehrfach Asylanträge stellen und Sozialhilfebetrüger sind. In der Beschreibung der Unterbringungs- und Verpflegungssituation und des subjektiven Befindens des Flüchtlings werden sie als anspruchslose Personen behandelt. Mit der These vom "Paradies Deutschland" und dem in Luxus lebenden Flüchtling soll der Sozialneid geschürt werden. Dieses Motiv begleitet den ganzen Text. Dazu muß auch z.B. die Gesundheitsversorgung, bei der es sich eigentlich um ein Menschenrecht handelt, herhalten. Mit der Aufzählung krimineller Taten soll dem Leser vermittelt werden, daß diese alle typisch für afrikanische Flüchtlinge sind. Diese Aufzählung beginnt beim Schwarzfahren und endet beim Drogenhandel und macht insgesamt die afrikanischen Flüchtlinge zu Hochkriminellen, die plündernd durch die City ziehen. Mit der besonderen Herausstellung der unentgeltlichen Benutzung der Straßenbahn wird so nebenbei eine Beziehung zur Hautfarbe hergestellt. Der Übergang zur Beschreibung und die Heraushebung der Bekleidung läßt den Eindruck entstehen, daß Flüchtlinge kein Anrecht auf eine vernünftige Kleidung hätten. Diese so in diesem Text herausgestellten Eigenarten sollen nicht nur Sozialneid aufkommen lassen, sie verkörpern auch eine Stimmungslage von paranoidem Rassismus.

Mit dem Hinweis auf den bösen Medizinmann wird für den kundigen Leser schnell der Bezug zu den Vorwürfen gegen die Bremer Polizei von April 1992 hergestellt. Damals spritzten Bremer Polizeiärzte Schwarzafrikanern das Brechmittel "Apomorphin", weil diese im Verdacht standen, Drogenpäckchen verschluckt zu haben. In diesem Zusammenhang gab es auch Vorwürfe von Mißhandlungen und Schikanen u.a. gegen Schwarzafrikaner. Anstatt nun die Vorfälle und Verdächtigungen kritisch zu prüfen und inhaltlich zu diskutieren, versucht der Schreiber mit diesem Text nun noch nachträglich diese Vorgehensweisen zu rechtfertigen, indem er hiermit Schwarzafrikaner generell als Kriminelle an den Pranger stellt. Mit Vorurteilen, Verallgemeinerungen und rassistischen Stereotypen entwickelt der Verfasser ein Klima von Verdächtigungen und ein Mißtrauen gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen, hier insbesondere gegen den genannten Personenkreis. Diese Diffamierungen setzt er einer sogenannten "Hetzkampagne" im April 1992 gegen die Polizei in Bremen entgegen.



Ein häufiges Bild: Die Polizei in Frontstellung gegen AntifaschistInnen schützt Neonazis; hier bei einem FAP-Aufmarsch am 1. Mai in Berlin

Der Text spiegelt typische Feindbilder wider, die einer geistigen Kasernierung entstammen und durch Corpsgeist am Leben erhalten werden. Der Text zeigt Denkstrukturen auf, in denen zu erkennen ist, inwieweit es Übereinstimmungen zu Grundpositionen mit rechtsextremistischen Parteien gibt, die zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei beitragen bzw. führen können. Es ist dabei erstaunlich, daß solch ein Text so unkritisch in einer Gewerkschaftszeitung übernommen wurde, insbesondere auch deshalb, wenn bekannt ist, wie schwer es ist, kritische Texte in dieser Zeitung einzubringen. So gelang es z.B. einigen Kollegen in Hamburg nicht, einen Artikel mit ihrer Kritik am Hamburger Kessel kurz danach in der GDP-Zeitung abgedruckt zu bekommen. Noch erstaunlicher ist es jedoch, daß dieser Brief zu keiner abgedruckten Empörung innerhalb der Polizei geführt hat. Am 27. Okt. 1992 wurde von Mitgliedern verschiedener Gruppierungen und Gewerkschaften (z.B. IG Metall, GEW, ÖTV) bei der Staatsanwaltschaft in Bremen Strafantrag wegen Volksverhetzung und Beleidigung gegen den Verfasser, dem verantwortlichen Redakteur und der GDP gestellt. Dieses Verfahren wurde am 23. Nov. 1992 durch den leitenden Oberstaatsanwalt von Bock und Polach eingestellt, da eine Straftat nach dortiger Meinung nicht vorliegt. So wird begründet, daß der vorliegende Artikel sich nicht gegen "Teile der Bevölkerung" richtet, also auch nicht gegen die Asylbewerber aus Nigeria. Vielmehr beschreibt der fiktive Josef, so die Staatsanwaltschaft, "Einstellungen und Handlungsweisen, die nach dem Text zunächst allein ihn betreffen. Der Text und auch der Kontext lassen nicht erkennen, daß mit diesem Brief alle Asylbewerber gekennzeichnet werden sollten, weshalb es unzulässig ist, zum Nachteil des Autors des fiktiven Briefes diese Verallgemeinerung zu unterstellen." Eine Strafverfolgung wegen Beleidigung entfiel, weil unter den Strafantragstellern kein Nigerianer und damit kein Antragsberechtigter war.

Die Verbreitung solcher Texte bzw. Briefe mit rassistischem Inhalt innerhalb der Polizei waren keine Seltenheit. So erschien z. B. in der Zeitung "Bereitschaftspolizei - heute", Heft 5/82, in Schleswig-Holstein, ein ähnlicher Artikel. Bei solchen Einstellungen von Polizisten war es dann auch nicht verwunderlich, als von einem Beamten des 8. Polizeireviers in Frankfurt a. M. im Oktober 1992 Briefe an Bewohner eines Sozialwohnungsblocks zugestellt wurden, in dem zur Beobachtung von "illegalen Ausländern" aufgerufen wurde. Dieser Brief wurde in diesem Zusammenhang nur an Personen mit deutsch klingendem Namen verschickt. Nachdem dieses Verhalten öffentlich bekannt wurde, erklärte der Polizeisprecher hierzu, "daß der Beamte hier eine mangelnde Sensibilität an den Tag gelegt hat." Dabei erklärte er weiterhin, "daß es sicherlich nicht in Ordnung sei, daß der Beamte den ausländischen Mietern dieses Hauses keinen solchen Brief zugestellt habe." Auch im Landratsamt von Lindau/Bodensee war ein Text, hier ein Gedicht, mit ausländerfeindlichem Inhalt aufgetaucht und kursierte dort im Nov. 1992 eine geraume Zeit. Das Pamphlet, in dem es u. a. heißt: "Herr Asylbetrüger, na wie gehts? Oh ganz gut, bring Deutschen Aids", war sogar in einem Raum im Sozialamt dieser Behörde aufgehängt. Auch im Raum Augs-

burg waren Flugblätter mit rassistischem Inhalt in Behörden aufgetaucht.

Gerade solche Denkstrukturen, wie sie in dem fiktiven Brief wiedergegeben wurden und die kritiklose Kenntnisnahme dieses Inhaltes, tragen dazu bei, daß sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft entwickelt und hoffähig wird. Hier steht die Polizei in einer besonderen Verantwortung, denn Fremdenfeindlichkeit und rassistische Grundüberzeugungen verhindern, daß PolizistInnen sich überzeugt für den Schutz ausländischer Mitbürger einsetzen. Es reicht auch nicht aus, wenn nach einem Aufruf der GDP 5000 PolizistInnen aus Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf gegen Rechtsradikalismus, Gewalt und Ausländerhaß protestiert haben. Auch generelle Erklärungen aus höchster Polizeiebene in diesem Zusammenhang, "...daß die Polizei ein fest verankertes demokratisches Verständnis hat", sind unsensibel und anzuzweifeln, auch wenn hier beispielhafte Sachverhalte nur an Einzelne festzumachen sind. Gerade kritische PolizistInnen mußten für sich erfahren, daß sie ausgegrenzt wurden, wenn sie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei offenlegten. Es ist dringend geboten, sich in allen gesellschaftlichen Bereichen, hier insbesondere innerhalb der Polizei mit fremdenfeindlichen und rassistischen Grundhaltungen auseinanderzusetzen und sie zu thematisieren. Es wäre gelogen, wenn Vertreter der Polizei behaupten, daß es für die Polizei hierzu keine Notwendigkeit geben würde. Zu dieser Auseinandersetzung gehört auch die Aufarbeitung der Vergangenheit der Polizei im Faschismus. Die Empörung über die Beteiligung der Polizei an den Verbrechen in dieser Zeit muß neu entwickelt werden und auf die Zukunft ausgerichtet sein. Die Opfer von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind sich der Solidarität der Polizei nicht mehr sicher. Es ist dringend erforderlich, daß das Fehlverhalten der Polizei z.B. anhand von Beispielen wie Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen thematisiert wird. Die Polizei muß erklären, aus welchen Gründen sie den grundrechtlich verbürgten Schutz unserer ausländischen Mitbürger nicht gewährleistet hat. Hierbei müssen auch die Grundhaltungen der PolizistInnen kritisch gewürdigt werden. Uns sind viele Bilder in Erinnerung, auf denen Polizisten in der Polizeikette mit den Rücken zu "Heil Hitler"-schreienden und armeschwingenden rechtsradikalen Gruppierungen gestanden haben und ihr Augenmerk den Gegendemonstranten galt, obwohl sie nicht die Verursacher dieser Entwicklungen waren. Für viele Menschen hat dieses bleibende Eindrücke hinterlassen, denn es wurden wieder Erinnerungen wach, als Polizisten vor 50 Jahren stramm standen vor einfältigen Menschen, die die rechte Hand zum Hitlergruß erhoben hatten und "Juda verrecke" brüllten.

Die Entwicklungen in Deutschland lassen jetzt schon erkennen, daß nicht nur das Leben und die Gesundheit aller Nichtdeutschen gefährdet ist, nun stehen auch demokratische Grundpositionen auf dem Spiel, wenn es nicht gelingt, rassistische und fremdenfeindliche Grundhaltungen zu entsolidarisieren. Hierzu reicht es nicht aus, wenn nur das Strafrecht zitiert und der Täter überführt wird. Die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die zu solchen Ereignissen führen, sind zu überprüfen und in Frage zu stellen. Denn der Schoß ist noch fruchtbar, aus dem die Unfreiheit kroch.



Justus H. Ulbricht

"Kratzereien an einem Denkmal"

Zuerst einmal: im folgenden geht es nicht um eine Ehrenrettung R. Bahros und seines Buches "Logik der Rettung", erst recht aber nicht darum, Peter Kratz leichtfertig zu kritisieren, dessen Spürsinn die AntiFa-Bewegung erneut einen wichtigen Hinweis verdankt. Es ist zu hoffen, daß nach Peters Artikel mehr von uns "faschistische Klassiker" und deren Nachbeter gründlich lesen, um sich endlich einmal auch um die spirituellen Wurzeln des neurechten Unbehagens in der Modernität zu kümmern.

Was mich zum genaueren Nachdenken angeregt, ja sogar zum Widerspruch reizt, sind einige Formulierungen von Peter Kratz, vor allem aber die Art und Weise, wie er an manchen Stellen Beweise führt und historisch argumentiert. Ich widerspreche - hoffentlich konstruktiv - weil ich durch die Argumentationsweise die Seriosität jeder antifaschistischen Position bedroht sehe.

Ob sofort "Die Neue Rechte" mit den Vorlesungen **Bahros** an der Humboldt-Uni dort Einzug gehalten hat, mag dahingestellt sein. Und ebenso, ob man nach dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus noch so einfach schreiben kann "Während die Linke (welche?) die Emanzipation des Menschen anstrebt..." (S. 18)- all das sind Marginalien. Ebenso übrigens die Frage, ob wirklich "Hunderte Studierende" an Bahros Lippen hängen - und sich nichts dabei denken.

Ernster nehme ich die - schlichtweg falsche - Behauptung, daß die historische völkische Bewegung "geradewegs" im Nationalsozialismus mündete und daß Bahro "dieselbe politisch katastrophale Potenz hat wie dieser". Erstens gab es die völkische Bewegung nicht, sondern zahllose Fraktionen, deren Beziehung zum NS je unterschiedlich gewesen ist. Das übrigens erlaubte es manchen Völkischen nach 1945 allzu leicht, sich als Widerständler aufzuführen und damit ihre Mitschuld am Ende der Weimarer Republik, sowie ihre Rolle im NS, zu vertuschen. Zweitens ist es Kennzeichen der völkischen Ideologie immer gewesen, reale Probleme der modernen Gesellschaft oftmals durchaus zutreffend zu benennen und somit auch immer wieder zahlreiche Zeitgenossen anzusprechen. Dies fällt heute umso leichter, als sich der Jargon der modernisierten Völkischen oftmals recht zeitgemäß gibt. Versatzstücke eigentlich linker Theorie mit eigenen Ideen verbindet und aktuelle politische Themen aufzugreifen in der Lage ist.

Mit ernstzunehmenden historischen Vergleichen hat es außerdem wenig zu tun, Bahros mögliche fatale Wirkung mit der des Nationalsozialismus in eins zu setzen. Zudem scheint mir das ewige Drohen mit dem Gespenst des Faschismus unnötig zu sein, um die Gefährlichkeit neurechter Diskurse zu unterstreichen. Das Erwähnen der magischen Zahl "1933" signalisiert dem Leser nur "Bahro ist Bäh!", erklärt aber nicht. Es mag zwar modisch sein, vom Weg ins "Vierte Reich" zu reden, aber gesellschaftstheoretisch und praktisch politisch geht's 1992 in Deutschland wahrlich um andere Dinge.

Daß sowohl der Nazi Rosenberg als auch die heutigen Neurechten sich auf Meister Ekkehart berufen, ist zutreffend - Tote können sich nicht wehren. Was aber wird damit bewiesen? Auch Herbert Marcuse, Erich Fromm und Manon Maren-Grisebach berufen sich auf den mittelalterlichen Mystiker, ebenso übrigens Gustav Landauer, der Anarchist... macht das alle gleichermaßen verdächtig? Oder macht es Ekkehart verdächtig?? Ist Bahro schon ein halber Nazi, wenn er Ekkehart zitiert, weil auch Rosenberg das getan hat...? Hier hätte Kratz wohl besser vom Mißbrauch oder Gebrauch eines Klassikers des spiritualisierten Christentums reden müssen, als analogieschlußartige Beweisketten zu errichten. - Daß Bahros Auslassungen übe den "zu erlösenden" Hitler und ähnliche Abstrusitäten kritisierenswert sind und von Kratz auch zutreffend kritisiert werden, sei unbestritten. Allein schmeckt mir die Methode nicht, irgendwelche unerwünschten Denker in die Nähe von Faschisten zu rücken, statt genauer zu belegen, was an Bahros Theorie selbst faschistisch ist.

Der "Kaisertraum" ist ebenfalls historisch unzutreffend beschrieben, wenn man ihn pauschal als "völkisch-faschistisch" denunziert. Daß Barbarossa im NS-Diskurs nicht fehlen durfte, ist klar, bei der Vorgeschichte dieses Mythos im wilhelminischen Kaiserreich ohnehin, aber dieser Traum vom Kyffhäuser ist ursprünglich nichts anderes als eine Sehnsuchtsidee von der Erlösung vom irdischen, auch durch politische Wirren, verursachten Leid im Diesseits, eine christlich-politische Utopie des Friedensreiches auf Erden... das hat sehr viel mit dem sog. "christlichen Abendland" und vorerst garnichts mit dem Faschismus zu tun. - Man mag ja solch ein Denken als

Fortsetzung auf Seite 17

REGISTER

Personen

Organisationen

Fortsetzung von Seite 12

"abstrus" (S. 17) bezeichnen, ideologiekritisch treffend ist eine solche Bemerkung jedoch kaum.

Daß sich Kratz mit Recht am Elitismus Bahros reibt, ist berechtigt, aber braucht man als Argumentationshilfe dazu wirklich das Zerrbild von den "hierarchischen psychoterroristischen 'Jugendsekten'" (S. 18)? Die bekannte sog. "Jugendsekten-Debatte" ist inzwischen religionswissenschaftlich entschlüsselt als Versuch von Kirche, Parteien und Medien, abweichendes soziales und religiöses Verhalten von Jugendlichen - und nicht wenigen Erwachsenen übrigens auch - zu stigmatisieren... daß es in einigen Gruppen Psychoterror gab und gibt, ist damit nicht abgestritten.

Daß Kratz Bahros Elite mit den heutigen "Herrschenden" - wer immer das ist - gleichsetzt, zeigt erneut, daß er die "Logik der Rettung" nicht als das zu lesen versteht, was das Buch ist, nämlich als eigentlich religiöses Manifest, dessen politische Implikationen zugegebenermaßen höchst problematisch sind. Schon der Untertitel von Bahros Werk "Wer kann die Apokalypse aufhalten?" hätte darauf aufmerksam machen müssen, daß es um eine spirituelle Wiedergeburt geht, die sämtliche geistigen Traditionen des Abendlandes in priesterlich-prophetischer Attitüde dem Leser vor Augen stellen möchte, um ihn zur Umkehr zu bewegen. Der ersehnte "Fürst der Wende" gehört ebenfalls zum Szenario apokalyptischer Traditionen, die man kennen muß, will man Bahro richtig verstehen - um ihn dann mit Recht zu kritisieren.

Und es sind gerade diese expliziten und impliziten christlich-abendländischen Traditionen, diese uralten Träume von "Heil" und "Erlösung", die Bahros Jünger ansprechen. Diese sind in der Regel entkirchlichte Intellektuelle, denen der alte Glauben und alte politische Wahrheiten zu Bruch gegangen sind und die daher umso gieriger auf Botschaften warten, die Erlösung hienieden - nicht im Jenseits - versprechen.

Kurzum, Bahros Buch ist auch ein Beleg dafür, wie hungrig viele nach religiöser Gewißheit sind und wie bedenkenlos manche Sinnstifter erst "die Alternative" und dann gar die "Logik der Rettung" beschwören. Peter Kratz Artikel läßt vermuten, daß er wenig anzufangen weiß mit religiösen Traditionen und deren nach wie vor deutlicher Präsenz im heutigen Zeitgeist. Seinen Versuch, Bahros gesamte Ideen auf völkisch-faschistische Verwandtschaften abzuklopfen, trifft oftmals ins Schwarze, stigmatisiert jedoch zu pauschal ein Denken, das sich auch aus ganz anderen Quellen speist.

Ist aber Bahro ausschließlich als Prä-Neo-Postfaschist oder ähnliches erst einmal enttarnt, wird sich keiner mehr genauer mit ihm befassen. Damit verpaßt man die Chance, etwas genauer zu begreifen, warum immer mehr Antworten auf die Krisen unserer Gesellschaft religiös sind. Daß solche Religiosität politische Voraussetzungen und Folgen hat, ist unbestritten. Ob sie so einfach "den Herrschenden" nützt, wie Peter Kratz meint, weiß ich nicht. Die Träume von der Abwendung der Apokalypse sind jedenfalls älter als der Faschismus und damit auch durch ritualisierten Antifaschismus nicht zu erledigen. Daß sie immer mehr Anhänger auch unter ehemalig politisch denkenden Menschen finden, verweist eben auch auf die Krise "der Linken", denen der realexistierende, schlechte Widerspruch zum Kapitalismus ebenso abhanden gekommen ist wie die eigene politische Utopie. - Auch darüber wäre mit Peter Kratz sicher trefflich zu streiten.

Fritz Hollstein

Flick setzt auf Hitler

Am 26. Januar 1932 herrschte auf dem Düsseldorfer Arbeitsamt viel Betrieb, Schließlich zählte die Stadt über 65 000 Arbeitslose, und alle mußten zum Stempeln kommen. Von dort nahmen auch die Demonstrationen ihren Ausgang, wenn durch Notverordnung die kärgliche Unterstützung erneut gekürzt worden war. Doch heute hatte es einen anderen Anlaß.

"Hitler im Parkhotel" verbreitete sich wie ein Lauffeuer,setzte Hunderte in Bewegung. Die durch Uniform erkennbaren SA-Leute wollten es einfach nicht glauben, daß ihr "Führer" vor dem Industrieclub im benachbarten Parhotel sprechen werde, wollten aber auch nicht mitmarschieren um sich zu überzeugen.

Wir, eine Gruppe junger Antifaschisten, freuten uns über diese Verstärkung. "Nieder Mit Hitler! Hitler ist der Krieg", riefen wir immer wieder, während vor den Fenstern des Parkhotels die Rolläden herunterrasselten. Bald war die Polizei auf dem Plan und sorgte nach bewährtem Muster für "Ruhe und Ordnung". Eine Anzahl Antifaschisten sperrte sie in den Keller der Oper. Proteste ihrer Frauen brachte sie am Abend wieder heraus.

Doch auch drinnen, bei den 600 Bankiers und Konzerngewaltigen, war die Polizei-selbstverständlich äußerst manierlich. Jedenfalls berichtete der Polizeipräsident dem Herrn Regierungspräsidenten, daß "fast alle Syndici der großen Werke sowie fast alle Direktoren der Vereinigten Stahlwerke anwesend waren". Und er fügte hinzu:"Aus den Worten des Vorstandes sowie dem allgemeinen Beifall dürfte mit Recht gefolgert werden, daß die Versammlung mit dem Vorstand einer Meinung und mit den Ausführungen des Redners einverstanden war."

Hitler hatte in seiner Rede die "Autorität der Persönlichkeit" betont und die Demokratie als "Prinzip der Zerstörung" bezeichnet. Er versprach den Anwesenden die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Zerstörung der Gewerkschaften, Abschaffung demokratischer Wahlen, Ausbau der Reichswehr, verstärkte Rüstung und mehr lebensraum im Osten.

"Nur ganz wenige haben ihre zurückhaltende Art zum Ende der Rede beubehalten. Am Schluß gab es ungehemmten Dauerbeifall", berichtet der Teilnehmer **Paul Kleinwefers** in seine Memoiren "Jahrgang 1905". Der Krefelder Maschienenfabrikant und Ehrensenator sieht auch heute noch im Dritten Reich "eine fast ideale Wirtschafts- und Sozialordnung".

Thyssen hatte das Treffen im Industrieclub arrangiert. Er finanzierte Hitler bereits 1923 und hatte gemeinsam mit **Emil Kirdorf** das Ruhrkohlensyndikat veranlaßt, der NSDAP ab 1.1.1931 pro verkaufter Tonne Kohle 5 Pfg zu spenden. Hitlers Pressechef **Otto Dietrich** bezeichnet diese Begegnung voller Begeisterung im Industrieclub als Weichenstellung und sagt rückblickend:"Die Wirkung bei den Wirtschaftlern war tief und zeigte sich in den nächsten Kampfmonaten."

Unter den Teilnehmern befanden sich **Flick**, **Haniel**, **Voegler**(Vereinigte Stahlwerke), **Zangen** (Mannesmann), **Poensgen** (Stahlwerksverband), **Krupp**, **Henkel** (Persil), **Springorum** (Hoesch), **Kirdorf** (Gelsenkirchner Bergwerks AG und Mitbegründer des Kohlesyndikats). Viele dieser Konzerngrößen standen später - nach 1945 - auf der Liste der 42 Kriegsverbrecher, die der amerikanische Kilgore-Ausschuß vorlegte und in der es heißt:"Es ist nicht wahr, daß die deutschen Großindustriellen sich erst im letzten Augenblick und halb gezwungen dem Nationalsozialismus angeschlossen haben. Sie waren von Anfang an seine begeisterten Förderer-einwandfrei mitschuldig an den von den Nationalsozialisten in ihrer Sucht nach Weltherrschaft gegen die Völker der Erde verübten Verbrechen."



Flick setzt auf Hitler

Friedrich Flick stand nicht nur auf der Liste, sondern wurde auch vom amerikanischen Militärgerichtshof IV in Nürnberg zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch vorzeitig entlassen. Hitlers Wehrwirtschaftsführer wurde wieder gebraucht.

Flick, der in der Weimarer Republik zuerst Stresemann und dan Brüning finanziert hatte, setzte nach dem 26.1.32 auf Hitler. Kurz nach des "Führers" Auftritt vor dem Industrieclub wurde in einer Begegnung unter vier Augen zwischen Flick und Hitler ein Schlachtplan entwickelt und regelmäßige Finanzierungen der NSDAP vereinbart. Als Hitler ein Jahr später zum Kanzler gemacht wurde, konnte Flick bereits eine vorbereitete Rüstungsdenkschrift vorlegen. Doch bis dahin gab es in diesem turbulenten Jahr 1932 noch manches Hindernis zu überwinden. Am 30. Mai - die Arbeitslosigkeit beläuft sich auf 6 1/2 Millionen - übernimmt der ebenfalls von Flick ausgehaltene Franz von Papen die Notstandsregierung des Heinrich Brüning, der bis dahin auch auf der Spendenliste stand. Mit seinem Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen am 20. Juli 1932 begann die konsequente Entwicklung zum NS-Staat.

Zu diesem Zeitpunkt werden in den vertraulichen "Deutschen Führerbriefen" des Reichsverbandes der Deutschen Industrie "die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus" unterstrichen, weil die wirtschaftliche Not die bisherige Bindungskraft der Sozialdemokratie in Frage stelle, "mithin die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät. Schon ein Jahr zuvor hatte die "Wirtschaftspolitische Vereinigung Frankfurt" am 27. Juli 1931 den Reichspräsidenten als "Heerführer des Weltkrieges" gebeten, der NSDAP und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sein Vertrauen zu schenken. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands überbrachten diese Eingabe, die von Repräsentanten der Krupp-Werke und der IG-Farbenindustrie AG unterzeichnet war.

Ein "Freundeskreis Keppler" (später "Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler") sah in der Absicht, die Gewerkschaften abzuschaffen, eine "hervorragende Idee" und stellte Millionenbeträge zu Verfügung. Dem virezig Personen umfassenden Kreis gehörten u.a. an: Friedrich Flick, die Bankiers **Kurt von Schröder** (Kölner Bankhaus Stein), **Emil Meyer** (Dresdner Bank), **Graf von Bismarck** für die Landwirtschaft, **Hjalmar Schacht**, **Heinrich Bütefisch** (IG-Farben), der später das Bundesverdienstkreuz erhielt, **Karl Blessing** (Deutsche Bank).

Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 führen am 13. August zu Verhandlungen des Reichspräsidenten Hindenburg mit Papen, Schleicher und Hitler über eine Regierungsbeteiligung der NSDAP. Doch Hitler will die ganze Macht. Dazu finden sich Hindenburg und seine Berater nicht bereit. Wieder kommt es zur Wahl. Am 6. November bekommt Hitler Millionen Stimmen weniger, während die Arbeiterparteien stabil bleiben. Namhafte Industrielle, Bankiers und Großagrarier (Thyssen, Schacht, Freiherr von Schroeder usw.) fordern Hindenburg in einer Eingabe vom 19. November in einer Art Torschlußpanik auf, nicht mehr länger zu warten, sondern Adolf Hitler jetzt zum Kanzler zu machen. Doch erst kam noch ein letztes Zwischenspiel: Am 3. Dezember übernahm Papens Kriegsminister Kurt von Schleicher das Kabinett der Barone. Dieser von Flick finanzierte General und Politiker wollte eine "befristete Diktatur" ausüben. Doch schon am 4. Januar 1933 wurden in der Kölner Villa des Bankiers Freiherr von Schroeder bei einer Zusammenkunft der Hochfinanz und des Herrn von Papen mit Hitler, Heß, Himmler und Keppler entgültig die Weichen zur Machtübertragung an Hitler und damit zur entgültigen Vernichtung der Demokratie, zur Dauerdiktatur gestellt. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler von Hindenburg zum Kanzler berufen, von dem Mann, dessen Wiederwahl als Reichspräsident von der SPD unter der Losung betrieben worden war: Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler.

Trotz dieser erdrückenden Beweise für die von Konzernen und Banken betriebenen Machtübertragung von Hitler, bemüht sich seit Jahren ein Heer von Weißwäschern, die Unschuld ihrer Auftraggeber zu beweisen. So schreibt Hagen Schulze in seinem Geschichtswerk "Weimar": "Die Konspiration zwischen 'Monopolkapital' und Hitler ist eine Schimäre". Für Rudolf Augstein ist Deutschland und die Welt Opfer der "Befriedigung der knabenhaften Omnipotzenzgelüste" Hitlers geworden. Auch Joacahim C. Fest macht Hitler zum Einzeltäter und behauptet in seiner vielgelesenen Hitler-Biographie: "Tatsächlich war Hitler in einem wohl beispiellosen Grade alles aus sich selbst und alles in einem: Lehrer seiner selbst, Organisator einer Partei und Schöpfer ihrer Ideologie, Taktiker und demagogische Größe, Führer, Staatsmann und während eines Jahrzehnts Bewegungszentrum der Welt."

Auch der Amerikaner Henry A. Turner sieht es als seine Aufgabe an, die "Legende über die Verantwortung der Großindustrie für die NS-Herrschaft" zu zerstören. Und er begründet auch gleich am Anfang seines Werkes "Faschismus und Kapitalismus in Deutschland", weshalb diese Legende zerstört werden muß: "Entspricht die weitverbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum noch zu verteidigen."

Demo-Aufruf: 60 Jahre danach

Aus der Geschichte lernen: Rassismus, Terror und Militarismus stoppen- Aufruf zum 30. Januar 1993

"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." (aus dem Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald) Es sind mehr als nur Wurzeln da, die wieder für giftige Blüten sorgen. Eine neue Welt des Friedens und der Freiheit ohne Not und Zerstörung der Natur zu erbauen, bleibt vordringliche Aufgabe.

Am 30. Januar 1993 ist es 60 Jahre her, da den Nazis in Deutschland die Macht übertragen wurde. Ein Jahr nach seinem Treffen und seinem Pakt mit Vertretern von Industrie und Banken im Düsseldorfer Industrieclub war Hitler Reichskanzler. Dem gingen zwei Jahre offene und versteckte Paktiererei konservativer Kräfte mit den Nazis voraus. Die Antifaschisten waren sich nicht einig. Obwohl viele darauf hingewiesen hatten, daß Hitler Krieg bedeutet, wurde die Gefahr des Faschismus unterschätzt. (...)

Heute gibt es wieder ein ausgedehntes Netz neofaschistischer Organisationen. Heute gibt es wieder rassistischen Terror. Heute denken Politiker darüber nach, wie sie mit offenen und versteckten Koalitionen mit den "Republikanern" die demokratischen Kräfte zurückdrängen können. Heute fordern führende Politiker, das als Schlußfolgerung aus den faschistischen Verbrechen in unserer Verfassung verankerte Grundrecht auf Asyl abzuändern. Es besteht die Gefahr, daß dieses Grundrecht ausgehöhlt, ja sogar abgeschafft wird. Heute gibt es wieder in Politik und Medien jene Biedermänner, die vom "Boot, das voll ist" reden, wo einst die Deutschen "ein Volk ohne Raum" waren. Heute gibt es wieder Generale und Minister, die darauf drängen, deutsche Truppen in aller Welt einzusetzen. Schon sind deutsche Truppen in der Türkei, vor dem Balkan, in Kambodscha - obwohl das nach dem Grundgesetz nicht gestattet ist. In aller Welt sind deutsche Rüstungsexporteure dabei, wenn es gilt aus Waffen Milliardengewinne zu machen. (...)

Auch wenn sich die Republikaner, die NPD und DVU als Fraktionen in Landesparlamenten "demokratischer" geben als die offen terroristischen FAP- und NF-Banden so stehen auch sie mit ihren Zielen in der Tradition der NSDAP, mit der sie die menschenverachtende These von der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen gemeinsam haben. Es ist uns unerträglich, daß sie ihr rassistische Propaganda legal verbreiten und das Parteienprivileg ausnutzen können. (...)

Wir rufen dazu auf, am 30. Januar 1993 in Düsseldorf, wo im Industrieclub das Verhängnis der Machtübertragung an die Nazis begann, zu demonstrieren und die Zeit bis dahin zu nutzen, um geeignete Aufklärungsaktionen über die Lehren der Geschichte einzuleiten und durchzuführen. Wir rufen auf zu vielfältigen Aktionen für den Frieden, gegen den Nationalismus und Rassismus. Wir rufen auf zur Gemeinsamkeit der Demokraten. Laßt uns in Schulen, Hochschulen und Kultureinrichtungen, in Betrieben, Gewerkschaften und Vereinigungen darüber sprechen, wohin Völkerhaß und Rassismus, Rüstung und Ausplünderung der Völker, weltweite Einsätze deutscher Truppen, Intoleranz und Mißachtung der Freiheit Andersdenkender sowie Einschränkung der Bürgerrechte führen können.

Eine Bewegung 50 Jahre danach soll ihren Höhepunkt finden bei der Demonstration am 30. Januar 1993 unter dem Motto:

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus Stoppt den Rassismus und Neofaschismus; Laßt die Flüchtlinge rein, aber Waffen und Bundeswehr nicht raus!

Demonstration und Kundgebung am Samstag, 30. Januar 1993 ab 11 Uhr, Treffpunkt am Thyssen-Haus (Gustav-Gründgens-Platz)

Jürgen Grewen

Wider dem Antifaschismus

Nichts ist den rechtsextremen Parteien und Gruppen wichtiger als die Legitimation, vor allem die wissenschaftliche Legitimation, um so den nötigen Schwung für ihre Kampagnen und die moralische Rechtfertigung für ihre Taten zu erhalten. So bekam der Feldzug gegen Flüchtlinge und Ausländer den nötigen Auftrieb 1981 durch das rassistische "Heidelberger Manifest", in dem westdeutsche Professoren zum "Kampf gegen die Unterwanderung des deutschen Volkes" aufriefen. Für die Verbreitung der "Auschwitzlüge" und der damit verbundenen Geschichts-"Revisionismus"-Kampagne griff man auf Pseudowissenschaftler wie Leuchter oder den Möchtegern-Historiker Irving zurück. Auch der neuste Feldzug gegen den Antifaschismus ("Anti-Antifa") kann auf universitäre Unterstützung verweisen.


Knütter

"Antifaschismus als Mittel der Destabilisierung der Bundesrepublik Deutschland" lautet der Titel eines Aufsatzes des Bonner Politologie-Professors Dr. **Hans-Helmut Knütter** von 1987, der im zweiten Satz mit der Aussage überrascht, daß wir uns in der Bundesrepublik in einem Bürgerkrieg befinden, der sich von der Situation in Beirut oder Belfast nur graduell, aber nicht grundsätzlich unterscheidet". Für die "starke politisch-ideologische Polarisierung" der letzten Jahre macht er den "manipulativen" Gebrauch des Antifaschismus durch linke und linksextreme Kreise verantwortlich, denen es nach seiner Meinung nicht um eine Abwehr des Rechtsextremismus, sondern um die Diffamierung der Bundesrepublik und deren politischer Ordnung geht. In zahlreichen Veröffentlichungen prangert er die zu defensive Haltung der bürgerlichen Parteien, insbesondere der CDU/CSU, gegenüber antifaschistisch argumentierenden Angriffen an und geißelt "naive Demokraten" und "bürgerliche Dümmlichkeit", die sich von antifaschistischer Propaganda zu Volksfrontbündnissen verleiten läßt. Sein Patentrezept: "der einseitige Antifaschismus muß nicht toleriert, sondern bekämpft und abgelehnt werden zugunsten eines Antitotalitarismus. Ein Demokrat, der behauptet, er sei nur Antifaschist, aber nicht antitotalitär eingestellt, ist kein Demokrat". Gegen die antifaschistische Bedrohung der demokratischen Kultur fordert er "es ist da Recht jeder, auch einer demokratischen Regierung, Versuche, sie mit Gewalt zu beseitigen, durch Gewalt zu unterdrücken und durch geeignete Mittel zu verhindern" und "keine Freiheit für die Feinde der Freiheit, keine Toleranz für die Intoleranten, die selber die Toleranz nicht wollen".

Ein rechter Demokrat?

Eins darf man vorwegnehmen, ein Neonazi ist Professor Knütter beileibe nicht. Da er sich Sachen Antifaschismus so vehement aus dem Fenster hängt, schadet es jedoch nicht sich näher mit ihm zu beschäftigen. Geboren am 9.5.1934 in Stralsund studiert er 1954-59 in Berlin Politikwissenschaften. 1960 promoviert er in Bonn. Schon die ersten Schriften sorgen für Aufsehen. In einem Sonderheft des DGB z.B., wo Knütter eine Untersuchung über die "Geistigen Grundlagen und politische Richtung der 'Nationalzeitung'" vorstellt, kommt er zu fragwürdigen Feststellungen: "Die 'Nationalzeitung' weist immer wieder auf die Methode der sowjetischen Außenpolitik hin, die Bundesrepublik mit dem NS-Deutschland zu identifizieren. Ziel dieser Vorwürfe ist es, in den westlichen Staaten Ressentiments gegen Deutschland aufzuführen und auf diese Weise den inneren Zusammenhalt des Westens zu schwächen. Von offizieller Seite in Westdeutschland werden diese Maßnahmen und vor allem ihre Erfolge bagatellisiert. Wenn die 'Nationalzeitung' und auch rechtsradikale Blätter auf diese Vorkommnisse dauernd hinweisen, so handeln sie zweifellos verdienstvoll und nehmen berechtigte Interessen des deutschen Volkes wahr... Die 'Nationalzeitung' füllt angesichts der Zurückhaltung offizieller Stellen und der allgemeinen Presse tatsächlich eine Lücke aus".

Seine Habilitation "Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik" (Düsseldorf 1971), wo er den deutschen Juden eine Eigenschuld an ihrer Vernichtung gibt, konsterniert seine Fachkollegen. "Unverständlich und ganz abwegig", so Arnold Paucker in der Zeit (5.5.72) und für Ernest Hamburger geben Knütters Folgerungen "Grund zu tiefer Sorge".

Anfang der 70er Jahre wird Knütter als Professor für Politikwissenschaften an die Uni Bonn berufen und Mitglied im "Bund Freiheit der Wissenschaft". Wenig später wird er Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Bonner Bundeszentrale für politische Bildung.

Einen zweifelhaften Ruf bekommt er zusätzlich durch seine Aktivitäten als "Jäger und Sammler". Laut Berichten der Studentenzeitung "Akut" brachte er mehrfach durch lancierte "Dossiers" und gezielte Hinweise an Behörden (so z.B. an den Staatsschutz) "links" von ihm stehende Menschen um ihren Arbeitsplatz.

Auch seine Einmischung bei lokalen gesellschaftspolitischen Ereignissen stößt auf Unverständnis. So z.B. als es um die Konzeption des in Bonn einzurichtenden "Haus der Geschichte" geht. "Die antifaschistische Gesinnungstüchtigkeit einzelner Teilnehmer führte zu grotesk anmutenden Forderungen, den Nationalsozialismus als wichtigsten Teil der Vorgeschichte der Bundesrepublik herauszustellen. So richtig es ist, daß sie auch eine Reaktion auf die Erfahrungen mit dem 'Dritten Reich' ist, so gibt es in Deutschland genügend Stätten, die Verfolgung und Widerstand dokumentieren. Es besteht deswegen keine Notwendigkeit, das 'Haus der Geschichte' mehr als ohnehin vorgesehen mit der nationalsozialistischen Zeit zu belasten".

Ende der 80er Jahre konzentriert sich der "Extremismusexperte", der zunehmend von staatlichen Stellen (Innenminsterium) zitiert wird, dem Kampf wieder dem Antifaschismus. Schriften und Artikel, die nicht in renommierten Verlagen untergebracht werden können, erscheinen im Selbstverlag. Dort ist seine Sprache ungeschliffener. In einem Vorwort kommen die klaren Motive für seinen "Anti-Antifaschismus" zum Vorschein: "Sie dient der Enttabuisierung des 'Faschismus' und der Kritik am Antifaschismus". "'Antifaschistisch' ist eine Haltung, die nicht nur moralisch, sondern ökonomisch argumentiert und auf die Herstellung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung abzielt... Wenn im alltäglichen Sprachgebrauch ganz allgemein vom 'Faschismus' gesprochen und der Ausdruck 'antifaschistisch' unüberlegt verwendet wird, so ist das für da politische Bewußtsein schädlich. Sprache und Denken hängen zusammen".

Die Geister, die ich rief...

Wer sich so engagiert wider dem Antifaschismus betätigt, darf sich über Zuspruch aus der rechtsextremen Ecke nicht wundern. Allerdings ist oft nicht zu unterscheiden von welcher Seite die Affinitäten ausgehen. So gibt sich Knütter für ein Interview in der neonazistischen Zeitschrift "Europa vorn" her, in dem er den "Republikanern" bescheinigt, keine extremistische Partei zu sein. Ein anderer Fall wiegt schwerer. Lange Zeit war Knütter Mentor und Protegé eines von ihm an der Universität Bonn gegründeten "Ost-West-Arbeitskreises", der nach skandalösen Veranstaltungen mit dem rechtsextremistischen **Hans Dietrich Sander**, Auschwitzleugner **David Irving** und Neonazi **Frank Rennicke** aufgelöst wurde. Mehr noch, studentischen Funktionäre des Arbeitskreises waren gleichzeitig Mitglieder

neonazistischer bzw. rechter Organisationen. **Ralf Küttelwesch**, Vorsitzender im Wintersemester 91/92, ist stellvertretender Bundesführer der "Wiking-Jugend"-Abspaltung "Jugendbund Sturmvogel", **Andreas Jahrov**, Vorsitzender vom Wintersemester 90/91 bis Sommersemester 91 ist Funktionär der neonazistischen "Initiative Gesamtdeutschland", die den "Ost-West-Arbeitskreis" zu ihrer akademischen Zweigstelle umfunktionierten. **Volker Sielaff**, mal stellvertretender Vorsitzender mal Kassenwart, war zusammen mit Jahrov Mitglied der "Jugendgruppe" des rechten "Kuratorium Unteilbares Deutschland". Das "Kuratorium" trennte sich von seiner "Jugendgruppe" nach einigen Vorfällen wegen "Rechtslastigkeit". Ein Knütter-Zögling namens **Andreas Zehnter** ist Mitglied des erzrechten "Neuen Deutschen Nationalvereins" (NDNV), in der sich "Republikaner" und Mitglieder des neofaschistischen "Ring Freiheitlicher Studenten" (rfs) die Hand reichen. Mitglieder dieses Vereins tauchen öfters als Referenten im Seminar für politische Wissenschaften auf, so z.B. Dr. **Harald Rüddenklau** oder **Horst Groepper**. Andreas Zehnter ist einer der Mitautoren der im Selbstverlag Knütters erscheinenden Schriften. Sein Artikel "Antifaschismus im politischen Tageskampf. Die Bedeutung der VVN-Bund der Antifaschisten für die kommunistische Bündnispolitik" ist wegen seiner Fußnoten interessant. Hier wurde nicht nur fleißig gesammelt - auch Informationen aus zwielichtigen Kanälen fließen mit ein.

Nicht von ungefähr, so darf man vermuten, wurde die "Anti-Antifa Bonn" von Mitgliedern der "Initiative Gesamtdeutschland" gegründet. Offensichtlich fühlen sich neonazistische Kreise durch die universitäre Schützenhilfe legitimiert mit Gewalt gegen Antifaschisten vorzugehen. Wie sagte doch Knütter: "Sprache und Denken hängen zusammen" aber augenscheinlich auch das Handeln.

Erster Antirassistischer und Antifaschistischer Ratschlag in Thüringen

Am 7.11.92 fand im Haus der Gewerkschaften Erfurt mit zehn Diskussionsforen und verschiedenen Kulturworkshops die erste thüringische antirassistische Aktionskonferenz statt. 300 meist junge Menschen waren dem Aufruf des DGB und anderer Initiativen gefolgt.

Die TeilnehmerInnen formulierten zum Abschluß des Ratschlages den "Erfurter Appell" (siehe Kasten) mit dem sie sich an die thüringischen BürgerInnen und Politik wenden und einklagen, daß aktiv gegen den wachsenden Rassismus und die neofaschistische Gewalt vorzugehen sein.

Der Opfer des Faschismus gedenken - Rassismus und Neofaschismus stoppen!

Mit dieser Losung wurde am Abend die Aktionskonferenz mit einer Demonstration anläßlich dem 54. Jahrestag der Reichspogromnacht, an der sich 2000 Menschen beteiligten, abgeschlossen.

Es ist ruhig in Thüringen

Würde man der veröffentlichten Meinung und der thüringischen Politik glauben schenken, dann hätten die Veranstalter, ein Bündnis aus DGB GewerkschafterInnen und 300 Einzelpersonen aus den unterschiedlichen politischen Spektren bis hin zu den Autonomen, in Thüringen keinen Anlaß zu großer Aufgeregtheit. Das einzige was daran stimmt ist, daß es bisher in Thüringen noch kein Todesopfer des faschistischen Terrors gibt. Im übrigen stellt sich das Land "ganz normal deutsch" dar: Nazi- Schmierereien an den Häuserwänden, rechte Skins pöbeln ausländische und Linke Passanten an, im Thüringer Wald läßt die DNP unter den Augen der Staatsanwaltschaft ihre 3 Wehrsportgruppen den Ernstfall üben, in Arnstadt prügeln Neonazis, geduldet durch Polizei und Öffentlichkeit, mit mehr als 10 Überfällen allein im Jahr 1991 das unabhängige Jugendzentrum leer, betreiben Neonazis aus Niedersachsen, Hessen und Bayern beim noch unerfahrenen Ostdeutschen Faschisten Entwicklungshilfe. Eben, ein ganz normaler Teil des neuerstarkten Deutschland. So normal, daß es der Veranstalter einer antifaschistischen Diskussion es tatenlos hinnimmt, daß 20 Faschi sten (DVU, NPD, FAP) am 16.11. in Arnstadt diese faktisch majorisierten.

Der erste antifaschistische Ratschlag ist ein Anfang, um in Thüringen ein Netz von Aktivitäten zu schaffen, daß sich dem wachsenden Rassismus, dem Schweigen der Mehrheit der Bevölkerung und den heuchlerischen Fensterreden der Politik in den Weg stellt. Für die Initiatoren ist es klar, daß dies nur gelingen kann, wenn alle Menschen und Organisationen, die bereit sind sich aktiv in diese Auseinandersetzung einzumischen und andere Positionen und Handlungsstrategien nicht ausgrenzen wollen, zusammenarbeiten. Dabei werden die nächsten Monate davon gekennzeichnet sein, mit aktionsbereiten Menschen konkrete Gegenwehr zu organisieren und insbesondere mit den Gewerkschaften Zusammenhänge zwischen Rassismus/Rechtsextremismus mit der Deindustrialisierungspolitik von Regierung und Treuhand mit der damit einhergehenden Volksarbeitslosigkeit zu verdeutlichen und den Kampf um die Anpassung der sozialen und ökonomischen Verhältnissen zu verstärken.

Joseph Grüne, Erfurt-Thüringen

Eichberg kam nicht! Er wurde ausgeladen.

Am 17. und 18. August sollte **Henning Eichberg**, sattsam bekannter Vordenker der "Neuen Rechten" (Der Rechte Rand Nr. 18), in Wolfenbüttel während der Sommer-Uni einen Vortrag über das Festungswesen im Mittelalter halten. Als der Leiter der renommierten Wolfenbütteler Bibliothek, Prof. Niewöhner, erfuhr, wen er sich auf das Anraten der Hamburger Kollegen ins Haus geholt hatte, entschied er sich auf Druck der SeminarteilnehmerInnen, Eichberg wieder auszuladen.

Schmerzlich für Eichberg, denn er benötigt Auftritte an renommierten wissenschaftlichen Einrichtungen für ein Verfahren an der Stuttgarter Universität, wo er den Titel eines "deutschen" Professoren erhalten will. Wie üblich wirbt er bei solchen Gelegenheiten mit seinen "wissenschaftlichen" Arbeieten und nicht mit seinen Beiträgen in den neo-faschistischen Blättern "wir selbst" oder den "Burschenschaftlichen Blättern". Aber auch in seinen akademischen Arbeiten läßt sich anrüchiges finden, lautet doch seine zentrale These in einer sportwissenschaftlichen Arbeit, daß "Neger langsamer seine als Weiße". Spannend bleibt die Frage nach den Referenzen, die Eichberg vorweisen muß, wenn er sein Anerkennungsverfahren in Stuttgart durchziehen will. Ob der einschlägig bekannte Soziologe **Robert Hepp** aus Vechta seinen Freund Eichberg wieder vor vermeintlichen "Denunziationen" schützt, wie er es in der "Jungen Freiheit" schon einmal mit einer Rezension zu dem Werk von Teichmann unternahm, der die Arbeiten Eichbergs sorgfältig auf seine pseudowissenschaftlichen Erkenntnisse hin überprüfte?

Publizistisches Techtelmechtel

Berg (Bayern). Die Verlagsgemeinschaft Berg (VGB) von Gert Sudholt (Ziehsohn von Helmut Sündermann, ehemals stellvertreten-der Reichspressechef der NSDAP) hat im Rahmen ihrer Reihe "Deutsche Geschichte" den ca. 150 Seiten starken Band "Die Tschechoslowakei. Das Ende einer Fehlkonstruktion" (DM 24,80) vorgelegt. Bezeichnend ist das einträchtliche Nebeneinander von Autoren aus dem christsozialen Lager (z.B. Walter Becher, ehemals CSU-Bundestagsabgeordneter, Herbert Czaja, Ex-MdB der CDU), der neurechten Professorenschaft (z.B. Lothar Bossle, Hellmut Diwald) und Rechtsextremisten (z.B. Walter Staffa, Vorsitzender des Witiko-Bundes). A.M.

Der Autor des nebenstehenden Artikels, Jens Dobler, lebt als freier Journalist in Berlin. Seit 1.5.92 führt er zuerst im Auftrage des "Schwulen Forum Niedersachsen" (Schwulenverband in Niedersachsen) eine Untersuchung über das Ausmaß antihomosexueller Gewalt in Niedersachsen durch. Seit Oktober zeichnet das niedersächsische Sozialministerium für dieselbe Untersuchung die Auftraggeberschaft. Die Studie soll Ende April abgeschlossen sein. Jens Dobler ist interessiert an Informationen und Hintergrundmaterialien von Anschlägen und Angriffen Neonazis gegen Schwule und schwule Einrichtungen. Kontakt über den Rechten Rand.

Jens Dobler

Antischwule Gewalt in Niedersachsen

'Gewalt gegen Schwule' ist ein relativ junges Thema innerhalb der Schwulenbewegung. Das Problem aber ist keineswegs jung, es ist keineswegs nur ein deutsches Problem und die Ursachen sind nicht nur im Rechtsradikalismus zu suchen. Es taucht immer dort auf, wo Männer mit Homosexualität oder ihren eigenen homosexuellen Anteilen Probleme bekommen und diese durch Gewalt zu lösen versuchen. Warum in den letzten Jahren aber vor allem junge Männer zuschlagen und das Problem in Deutschland eine besondere Brisanz hat versucht nachfolgender Artikel aufzuzeigen.

Gewaltübergriffe gegen Schwule die von massiver Beleidigung über Körperverletzung bis hin zum Mord reichen, werden in den letzten Jahren aus vielen Ländern, selbst aus Australien gemeldet. Ob damit schon der Beweis einer Häufung erbracht ist bleibt fraglich. Gründe sind hierfür eher in einer verbesserten schwulen Infrastruktur zu suchen. Aber auch in Deutschland häufen sich die Berichte über antischwule Gewalt in den letzten Jahren, trotzdem sind Gewaltübergriffe bereits seit der Jahrhundertwende dokumentiert. Über das Ausmaß der Gewalt gibt es keine verläßlichen Zahlen. Fest steht, daß die bekanntgewordenen Fälle nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Dunkelziffer liegt zwischen 80 und 90 Prozent. In den USA ist seit 1984 (dem Jahr von AIDS) eine eindeutige Zunahme zu verzeichnen. In Deutschland ist dies wegen fehlender Statistiken und Forschungen nicht festzustellen, auch scheint AIDS in der Motivation der Täter keine primäre Rolle zu spielen.

Wegen fehlender Forschung liegen bisher auch keine eindeutigen Täterprofile vor. Täter scheinen, der "normale Jugendliche" von nebenan, bis hin zum brutalen Gewalttäter der auf alles draufschlägt was ihm in die Quere kommt, zu sein. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre lassen sich bei den Tätern trotzdem eindeutigere Aussagen treffen. Die klassische Jugendbande (so es sie denn noch gibt) ist es in der Regel nicht. Eher sind es sich zufällig zusammenfindende Jugendliche die nach gemeinsamer Sauftour zum "Schwulenticken" losziehen. Die sehr gefährlichen Kapitalverbrechen werden in der Regel durch sich als Stricher ausgebende Einzelpersonen begangen. Auch Ausländer, vor allem mit islamischer Religionszugehörigkeit, stellen ein nicht zu unterschätzendes Täterpotential dar. Vom alltäglichem Rassismus auf den Straßen gehetzt suchen sie sich einen Blitzableiter der gesellschaftlich mindestens genauso geächtet ist wie sie selbst. Auch gemischtnationale Gruppen treten auf. Hier findet die multikulturelle Vereinigung übers gemeinsame neue Feindbild - den Schwulen - statt.

Rechtsradikale Jugendliche, und bei denen soll hier der Schwerpunkt liegen, stellen nach vorsichtigen Schätzungen "nur" circa 10% des Täterpotentials dar. Hierzu wird gezählt, wer als solcher (Skinhead) zu erkennen ist oder während der Tat mit eindeutigen Parolen rumbrüllt. Es lassen sich organisierte und unorganisierte Vorgehensweisen unterscheiden.

- 1986 wird in Göttingen ein Schwuler von den FAP-Mitgliedern Jörg Latzkowiak und Schaper in der Schwulendisco "Big Apple" eindeutig sexuell angemacht. Zu dritt verlassen sie die Disco. In der Innenstadt verprügeln sie ihn schwer.



- 1990 und '91 kommt es in Wilhelmshaven in und vor schwulen Kneipen und an schwulen Treffpunkten immer wieder zu Überfällen mit teils lebensgefährlichen Verletzungen.

"Unorganisiert" meint also, das unabgesprochene, nicht von langer Hand geplante Vorgehen gegen Schwule. "Schwule klatschen" auf dem Nach-Hause-Weg, weil man sonst ja nichts besseres zu tun hat. Auch der Mord an dem 72jährigen Erwin Schacht, im Januar 1990 in Hannover, durch das FAP-Mitglied Maik Berger, muß als unorganisiert betrachtet werden. Der 18jährige war durch die Kriegsberichte des Rentners so fasziniert, daß er ohne zu überlegen mit in seine Wohnung ging. Über die anschließenden Annäherungsversuche sei er so schockiert gewesen, daß er den Mann mit mehreren Gegenständen erschlug.

Diesen Fällen gegenüber stehen eine Reihe von Anschlägen die organisiertere Strukturen aufweisen:

- 1989, '90, und '91 werden bei der Hildesheimer Aids-Hilfe und bei einem HIV-positiven Schwulen in einem Dorf in der Nähe von Hildesheim, Hakenkreuze gesprüht und die Fenster eingeschlagen. - 1989 werden in Hannover gleichzeitig drei Schwulenkneipen von Skinheads überfallen, Gäste verletzt und Mobiliar zerstört.

- Im November 1987 wird in Braunschweig von 20 Skinheads die Frontscheibe der Schwulenkneipe "San Francisco" eingeschlagen.

Durch die Neuorganisierung der militanten Rechten nach Kühnen's Tod und des zunehmenden Erfolg's rechtsradikaler Angriffe, besteht aus dieser Ecke zur Zeit die größte Gefahr einer Zunahme von Angriffen gegen Schwule und schwule Einrichtungen. Ob auch hier die Bevölkerung klatschend daneben steht bleibt abzuwarten.

Neben den individualpsychologischen Hintergründen der Täter haben wir es gleich mit zwei gesellschaftlich bedingten Komponenten zu tun, hinter denen antischwule Gewalt zu verstehen ist. Noch immer gilt: schwul=weibisch=negativ oder unmännlich=schwul. Noch immer werden Normen von Männlichkeit verkauft die für den/die Darüberstehende/n schlicht als albern erscheinen, den männlichen Jugendlichen aber in starke Identifikationskonflikte bringen. Weiche Seiten im jungen Mann werden bekämpft, noch immer tabubesetzte homosexuelle Erlebnisse während der Pubertät gar, führen in Krisen. Der junge Mann will oder muß sich und anderen beweisen, daß er nicht schwul, d.h. ein ganzer Mann ist. Das Angreifen von Schwulen scheint hierfür der beste Beweis zu sein.

Zu recht allerdings weist Manfred Edinger, Autor des Buches "Schwule klatschen" (eine Studie über antischwule Gewalt in München) auf ein besonders deutsches Problem hin: "Auch Täter, die sich nicht als rechtsradikal begreifen, beschimpfen oder bedrohen ihre Opfer oft mit Nazi-Parolen". "Unwert", "Widernatürlich", "Schwule in die Gaskammer", sind einige Beispiele. "Es ist", so Edinger, "als ob sich denjenigen, die Homosexualität ablehnen, solche Parolen förmlich aufdrängten. Das Verdrängte - in diesem Fall die nationalsozialistische Homosexuellen-Verfolgung - kehrt auf diese Weise wieder". Die Nazi-Fassung des 175 hatte bis 1969 Bestand. Für Schwule war das Dritte Reich erst 24 Jahre später vorbei. Die wenigen überlebenden Rosa-Winkel-Häftlinge galten in der Bundesrepublik weiter als vorbestraft. Dieses Kapitel Reichs- und Bundesdeutscher Schwulenverfolgung wurde nie aufgearbeitet. Man weiß bis heute noch nicht genau wieviele Schwule in den Konzentrationslagern umgebracht wurden. Die Schätzungen reichen von mindestens 20.000 bis 50.000 Toten. Erst in den letzten Jahren konnten Entschädigungen auch für ehemalige Rosa-Winkel-Häftlinge durchgesetzt werden. Mit der Würdigung homosexueller Opfer des Nazi-Regimes auf Gedenktafeln etc. haben noch heute nicht wenige Probleme. Schwulenhaß ist ein Kulturgut in Deutschland. Die Söhne machen nach, was ihnen ihre Väter eingetrichtert haben.

Dr. Ulrich Schneider

Ein wichtiger Schritt nach vorne!

Eindrücke vom Gedenkstättenkongreß in Braunschweig

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses "Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus" vom 6.-8. November 1992 in Braunschweig war sicherlich folgendes:

Es fand ein Dialog zwischen Gedenkstätten bzw. ihren Mitarbeitern und Interessierten aus Initiativen und Organisationen, zwischen "Alten" (den Vertretern der Opferverbände) und "Jungen" (den Mitarbeitern, Historikern, politischen Antifaschisten), zwischen Ost und West und zwischen den Antifaschisten selber statt.

An diesem Dialog beteiligten sich etwa 220 Menschen aus Lagergemeinschaften, Gedenkstätten, antifaschistischen Organisationen und politischen bzw. Bildungseinrichtungen. Vertreter aus 10 verschiedenen Ländern waren nach Braunschweig angereist. So vereinigte die Tagung in sich eine Summe an Kompetenz und Erfahrung wie sie in den letzten Jahren nicht zusammengekommen ist.

Nach einem eindrucksvollen kulturellen Auftakt am Freitagabend mit Esther und Edna Bejerano und der Gruppe Coincidence begann die eigentliche Arbeit des Kongresses mit der Plenumsveranstaltung am Samstag. Als Vertreter der Lagergemeinschaften und Opferverbände kamen Esther Bejerano (Auschwitz-Komitee in der BRD), Edgar Bamberger (Verband der Sinti und Roma) und Leo von Vessem (Niederlande, Vizepräsident des internationalen Komitees Buchenwald-Dora) zu Wort. Als Vertreter der Politik referierte Minister Jürgen Trittin über Ziele und Wege der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen. Anschließend legten Prof. W. Wippermann (Wem nützen Gedenkstätten?) und Prof. K. Pätzold (Gedenkstättenarbeit vor dem Hintergrund des 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht) in eindrucksvollen Referaten wissenschaftliche Diskussionsergebnisse vor. In einem sehr sensiblen Beitrag von Prof. A. Noll wurden noch einmal die Dimensionen von Trauern und Erinnern deutlich.

Die gemeinsame Aussage aller Beiträge läßt sich dabei auf folgende drei Punkte zusammenfassen:

1. Gedenkstättenarbeit ist auch zukünftig von großer Aktualität, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Verfalls der Gedenkstätte Auschwitz, der Brandstiftungen auf die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen, Ravensbrück und der Schändung der Gedenkstätte Überlingen.

2. In der weiteren Arbeit müssen - in Ost und West - dringend vorhandene Defizite, die "vergessenen/verdrängten Opfergruppen" in den Blick genommen werden.

3. Eine Gleichsetzung oder Vermischung der KZ-Gedenkstätte mit den Opfern der alliierten Internierungslager ist weder wissenschaftlich noch aus der Sicht der Opferverbände akzeptabel.

Einen nicht zu unterschätzenden Ertrag des Kongresses brachte sicherlich auch der "nichtoffizielle" Teil, die Gespräche am Rande der Veranstaltungen, die Kontakte und Austauschmöglichkeiten. Dies fand ebenfalls in den insgesamt 11 Workshops zu Themen wie "Gedenkstätten als Lernorte", "Zwischen Historie und Hoyerswerda", "Die Täter", "Euthanasie und Eugenik" oder "Wider die Abwicklung des Antifaschismus" seinen Niederschlag. Hier ergaben sich rege Diskussionen und Formen des Informationsaustausches, die es bisher noch nicht gegeben hatte. Selbst dort, wo teilweise bekannte Meinungen aufeinanderstießen, war es in den Arbeitsgruppen möglich, unterschiedliche Positionen zu diskutieren.

Daß ein solcher Dialog nicht reibungsfrei sein würde und teilweise erst noch gelernt werden muß, zeigte sich am Samstagabend bei der Diskussion über die Situation der Gedenkstätten in der ehemaligen DDR. Mangels adäquater Adressaten (Mitarbeiter der Gedenkstätte Sachsenhausen bzw. Vertreter der brandenburgischen Kommission waren nicht anwesend) wurden teilweise pauschal Forderungen und Vorwürfe gegen die großen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern erhoben. Dabei kann es weder toleriert noch entschuldigt werden, daß - wie geschehen - in unqualifizierter und verletzender Weise Mitarbeiter der Gedenkstätte Buchenwald, die sich als Dialogpartner auf dem Kongreß befanden, angegriffen wurden.

Eindrucksvoll für alle Teilnehmer war am folgenden Tag sicherlich der Besuch der KZ Gedenkstätte Salzgitter-Drütte, einem KZ Außenlager, das sich auf dem Werksgelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter in Errichtung befindet. Von Mitgliedern des Arbeitskreises Stadtgeschichte wurde eine Einführung in die Geschichte des Außenlagers gegeben und Fragen und Probleme bei der Einrichtung dieser Gedenkstätte erläutert. Zur Erinnerung aller Opfer der faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslager legten die Teilnehmer in dieser Gedenkstätte Kränze nieder.

Den Abschluß des Kongresses bildete eine Plenumsveranstaltung, auf der - ausgehend von den Diskussionen der Workshops und den Referaten des Vortages - Forderungen für die zukünftige Gedenkstättenarbeit entwickelt wurden. In insgesamt sechs Punkten wurden die Ergebnisse zusammengefaßt. Es wurde dabei betont, daß dieser Kongreß nicht den Abschluß, sondern den Auftakt zum weiteren Dialog aller an der Gedenkstättenarbeit interessierten Kräfte bilden sollte. Weitere Gespräche sollten im Rahmen des Gedenkstättenverbandes, auf den regelmäßigen Seminaren von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und auf regionaler Ebene bzw. unter thematischer Fragestellung stattfinden. Als konkreter Diskussionspunkt wurde empfohlen, sich intensiv und inhaltlich mit den Empfehlungen der brandenburgischen Kommission zur Neugestaltung der Gedenkstätten und den Materialien des Hearings vom Frühjahr 1992 auseinanderzusetzen.

Die Ergebnisse des Kongresses, die Referate, die Materialien der Workshops und die Abschlußerklärung sollen in absehbarer Zeit veröffentlicht werden.

AKTION: EINGREIFEN!

Buttons mit der Aufschrift "Gegen Nazis und Rassisten - Ich greife ein!" Die InitiatorInnen wollen mit dieser Butto-Aktion versuchen, das Nicht-Verhalten und die heimliche Akzeptanz gegenüber rassistischen und faschistischen Auftritten in alltäglichen Situationen zu untergraben und die genannten Buttons möglichst weit in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Dem Argument, daß Buttons oft der Ersatz für praktisches Handeln seien, halten die Initiatorinnen der Aktion entgegen, daß sich jedeR mit dem Anstecken des Buttons "Ich greife ein!" auf praktisches Handeln einlasse und jederzeit beim Wort genommen werden könne. "Diese Art der Selbstverpflichtung ist die Hürde der ganzen Aktion - und damit gleichzeitig ihr politischer Inhalt: Es erfordert eine innere Selbstüberwindung, sich so weit vorzuwagen, aber gerade auf diese Bereitschaft, sich zu zeigen, sich vorzuwagen, kommt es unserer Ansicht nach jetzt an."

Infos und Bezugsbedingungen: Aktion: Eingreifen! c/o Taz-Abo, Kochstr. 18, 1000 Berlin 61, Telefon: 030/25902280

Verstorben

Hechthausen - Im Alter von 63 Jahren verstarb am 18.September 1992 **Edgar W. Geiß**. 1978 machte Geiß auf sich aufmerksam, als er das "Tagebuch der Anne Frank" als Fälschung denunzierte. Im März 1990 wurde Geiß nach langjährigen prozessualen Auseinandersetzungen dafür zu einer geringen Geldtrafe verurteilt. Geiß gehörte zum Umfeld des **Michael Kühnen** und war 1978 Sprecher der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS). 1981 erschien Geiss als Trauergast bei der Beerdigung des Kriegsverbrechers Admiral **Dönitz**. Bei der Beisetzung am 1.Oktober hielt "sein jahrelanger Mitkämpfer", der Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**, den Nachruf auf den einstigen Vorsitzenden der "Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld und antideutsche Greuellügen". In der aktuellen Ausgabe der "Neuen Front" heißt es in einem Nachruf über Geiss: "Kamerad Geiss war einer der letzten aktiven Weggefährten unseres Michael Kühnen aus dem Gründungsjahr unserer Bewegung 1977. Die Gesinnungsgemeinschaft verliert einen der treuesten Nationalsozialisten."

Ulla Jelpke/Albrecht Maurer/Helmut Schröder

Die Offensive des Bundes der Vertriebenen für die "historische Wahrheit"

Die im Oktober beendete Veranstaltungsreihe des Bundes der Vertriebenen (BdV) zum "Tag der Heimat" stellte der BdV unter das Motto "Für Recht und geschichtliche Wahrheit". Der BdV unterstrich damit eindrucksvoll die Richtigkeit der Äußerungen des ehemaligen BdV-Generalsekretärs Koschyk, daß sich der BdV "auf radikalem Kurs" befinde (Welt, 17.6.92) und die "Kräfte der Vernunft und der Mitte" zunehmend aus diesem Verband verdrängt werden würden (FAZ, 17.6.92). Es ist sicherlich kein Zufall, daß der aus Bundesmitteln mit zig Millionen Mark geförderte BdV - ähnlich wie der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Riedl in Peenemünde - just in dieser Zeit nach der "historischen Wahrheit" sucht. Aber auch andere wollen verstärkt die "Wahrheit" und ziehen gegen "Geschichtslügen" zu Felde.

Im Juli diesen Jahres verurteilte ein Schöffengericht des Amtsgerichts München den Herausgeber des Trabant-Anzeigers und Münchner Anzeigers, Alfred Detscher, wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung. Detscher hatte u.a. den geschichtsrevisionistischen Aufruf "Wir verlangen die Wahrheit und unser Recht", der von mehreren hundert Faschisten unterschrieben war, im Münchner Anzeiger abdrucken lassen. Initiiert war dieser Aufruf von dem Altnazi Otto-Ernst Remer. Mit diesem Aufruf, der den Hitler-Faschismus rehabilitieren will, indem er seine Verbrechen leugnet, bzw. abschwächt und relativiert, wird versucht, dem "deutschen Volk" ein neues Selbstbewußtsein einzupflanzen, um alte großdeutsche Pläne neu umsetzen zu können, getreu der Devise "Wahrheit macht frei".

Gemeint ist die Freiheit, im Geiste des Rassismus und Revanchismus die Ergebnisse der Niederlage des deutschen Faschismus von 1945 weiter zu korrigieren. Dies geht heute noch nicht so wie gewollt, denn, so die Logik dieses Aufrufs, "die Folgen der >Holocaust-Hetze< sind für unser Volk tödlich: Die Zahlungen für die >Wiedergutmachung< und für >Solidarleistungen< an fremde Völker erhöhen die Schuldenlast, die dieser Staat unseren Kindern und Kindeskindern auflädt. Die mit >allem, was im deutschen Namen Schreckliches geschah< begründete Freigabe unserer Heimat zur Besiedlung durch fremde Rassen und Völker zerstört allmählich und immer schneller unser Volk. Der gesetzwidrige Verzicht auf uraltes Land im deutschen Osten, begründet mit angeblichen Verbrechen des Deutschen Reiches an unseren Nachbarn, überantwortet Millionen Deutsche fremder Willkür und verstößt sie kurzerhand aus dem deutschen Volke." (Münchner Anzeiger 49/1991)

Dieser Aufruf, der sich in die Tradition der "Auschwitz-Lüge" stellt, wurde nicht nur von offen neonazistischen Kräften unterzeichnet, sondern z.B. auch vom immer-noch-CSU-Mitglied und Mitglied des Witikobundes, Manfred Ritter, der durch seine ausländerfeindlichen Tiraden in seinem Buch "Sturm auf Europa" eine traurige Berühmtheit erlangte.

Seit geraumer Zeit, wenn auch nicht so brutal offen, streiten die Vertriebenenverbände mit an der Front der Geschichtsrevisionisten. So ist es keine allzu große Überraschung, wenn der BdV den diesjährigen "Tag der Heimat" mit einem ähnlichen Motto ausgestattet hat. Daß der Veranstaltungsplan für den diesjährigen "Tag der Heimat" ausgerechnet in der Zeitung "Der Schlesier" abgedruckt war, überrascht nicht, denn gerade der "Schlesier" versucht seit geraumer Zeit an den Fragen der "Kriegsschuldlüge" und der "Umerziehung des deutschen Volkes" seine LeserInnenschaft für die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete zu gewinnen. Die Bedeutung des Mottos "Für Recht und geschichtliche Wahrheit" erläuterte für das Präsidium des BdV Herbert Czaja. Er schrieb dazu: "Viele Vertriebenen vermissen häufig in Urteilen über Vergangenheit und Gegenwart das menschlich erreichbare Maß der geschichtlichen Wahrheit. Das menschlich erreichbare Recht ist ihnen in entscheidenden Bereichen noch immer versagt. (...) Die Unrechtsfolgen der Massenvertreibung sind noch nicht beseitigt. (...) Wer sich in der Geschichte behaupten will, braucht ein klares Ziel." (Deutscher Ostdienst, 21.8.1992)

Für dieses Ziel agierten in diesem Jahr auf zahlreichen Veranstaltungen eine Reihe von Personen, die an ihren ihrer Interpretation und Darstellung der "historischen Wahrheit" keine Zweifel lassen. So u.a.

* Christian Stoll, ehemaliger niedersächsischer Landesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, der durch seine Aktualisierung der Nazi-Parole vom "Volk ohne Raum" Aufsehen erregte. Stoll veröffentlichte auch in den rechtsextremen österreichischen "Eckartschriften" Nr. 98 das Buch "Die Deutschen im polnischen Herrschaftsbereich nach 1945", das die "National-Zeitung" so gelungen fand, daß sie daraus ausführlich nachdruckte.

* Alfred Schickel, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), der mit seinen geschichtsrevisionistischen Veröffentlichungen in der rechtsextremen Presse hofiert wird.

* Alfred Ardelt, stellvertretender Landesvorsitzender des BdV in Niedersachsen und Autor in der rechtsextremen Zeitung "Wir selbst"

* Dieter Radau, Landesvorsitzender des BdV in Niedersachsen, der den rechtsextremen Ostpolitischen Deutschen Studentenverband (ODS) unterstützte

* Franz Pahl von der Südtiroler Volkspartei, der auch auf offen rechtsextremen Veranstaltungen als Referent auftrat und der neofaschistischen Zeitung wie "Europa vorn" als Interviewpartner zur Verfügung stand.

In einer kurzen Zwischenbilanz der Veranstaltungsreihe kann dann auch der "Deutsche Ostdienst" (DOD) feststellen, daß sich "landauf, landab, heimattreue Deutsche in zumeist überfüllten Sälen in ihren Ansprachen (bemühten) dem hohen Anspruch des diesjährigen Leitwortes gerecht zu werden." Dieses Bemühen stellte der DOD u.a. an dem Beispiel des Sudetendeutschen Rudolf Wollner dar, BdV-Landesvorsitzender von Hessen und Vizepräsident der im rechten Spektrum angesiedelten Paneuropa-Union, der am 13.9.1992 in der Gießener Kongreßhalle "in gewohnter Leidenschaft" zu einer "Offensive für geschichtliche Wahrheit" aufrief. Seine "geschichtliche Wahrheit" über die Zeit nach dem ersten Weltkrieg: "Schon damals wurde uns Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht nicht gewährt, mit Gewalt ein tschechoslowakischer Staat geschaffen, ohne die 3,5 Millionen Deutschen zu fragen und entscheiden zu lassen." Der DOD ergänzt dies: "Wäre damals das Selbstbestimmungsrecht anerkannt worden, hätte es die Ereignisse des Jahres 1938, das Münchner Abkommen, nicht gegeben." (DOD, 25.9.1992) Die hier klassisch vorgetragene Entlastung des Hitler-Faschismus, dienst dazu die Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges auf andere Staaten abzuwälzen, und damit einhergehend Gebietsansprüche zu formulieren.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, formulierte den gleichen Gedanken auf dem "Tag der Heimat" in Dresden ähnlich: "Die Oder-Neiße-Linie ist, das sei freimütig bestätigt, eine offene Grenze, aber sie ist, auch das muß festgestellt werden, eine Grenze des Unrechts. Es ist eine vom Diktator Josef Stalin gewaltsam gezogene und in der Vertreibung und Annexion widerrechtlich zur Grenze erklärte Linie." (DOD, 25.9.1992)

Daß der DOD getreu dieser Maxime "die historische Chance für einen nachbarschaftlichen

Neuanfang im Osten Europas" sieht, muß von daher zur größten Besorgnis Anlaß geben. Auch nicht gerade beruhigend ist die Tatsache, daß bei den Veranstaltungen zum "Tag der Heimat" für "Recht und geschichtliche Wahrheit" nicht nur Unionspolitiker vom rechten Flügel wie Gauweiler und Mayer-Vorfelder angetreten waren, sondern auch Politiker wie Bundesumweltminister Töpfer und Bundeskanzler Helmut Kohl.

Aber offenbar ist weiterhin die Linie im Bundesministerium des Innern: Den BdV vor jeder antifaschistischen Kritik schützen und ihn stattdessen großzügig mit finanziellen Mitteln ausstatten, jede Übernahme rechtsextremer Positionen durch den BdV oder Vertriebenenzeitungen leugnen und abstreiten. Und dies auch in völlig offenkundigen Fällen, wie bei der Vertriebenenzeitung "Der Schlesier", dessen publizistische Tätigkeit sich fast ausschließlich darin erschöpft, die neofaschistische Presse wiederzukäuen und bei dem das BMI bis heute noch keine ausreichenden Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen zu erkennen vermag. Das ist vielleicht auch schwierig für einen zuständigen Staatssekretär wie Eduard Lintner (CSU, Sudetendeutsche Landsmannschaft), der selber der rechtsradikalen Zeitung "Junge Freiheit" durch ein Interview Reputation verlieh und bis heute nicht erkenne kann oder will, daß die These von der "Umerziehung" eine rechtsextreme ist.

Politiker wie Riedl und Lintner sorgen dafür, daß die Neofaschisten sich nicht isoliert vorkommen müssen und ihre Lügen Stück für Stück zur "Wahrheit" werden.

Vertriebene gegen "Umerzieher und Kriegsschuldlüge"

Im "Schlesier" polemisierte dessen regelmäßiger Autor Karlheinz Bruns gegen den "Verzichtspolitiker" Schäuble, der auf der Auftaktveranstaltung zum 43. "Tag der Heimat" in Berlin gesagt hatte, "obwohl das deutsche Volk unter Hitler schwere moralische und politische Schuld auf sich geladen habe, sei die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen Unrecht gewesen". Bruns, der auch in der Frey-Presse publiziert, war das entschieden zu viel: "Entsprechend dem Zeitgeist soll das gesamte deutsche Volk in den Schuldturm der Geschichte gesperrt werden, wobei der jungen Generation und selbst den noch Ungeborenen eine >besondere< Verantwortung auferlegt wird. Eine absurde These pauschaler Verurteilung, die sich kein Volk der Erde zueigen macht, denn eine mehr oder weniger inhumane Vergangenheit haben schließlich alle zu bewältigen."

Der Neofaschist Bruns käut alte NS-Propaganda wieder, die zur Vorbereitung des Polenfeldzuges durch die Nazi-Wehrmacht diente: "Was allerdings schon lange vor Hitler von Polen zu verantworten ist, wird ausgeklammert und bleibt der geschichtlichen Wahrheitsfindung vorbehalten. Wer erfährt in diesem Zusammenhang heute, daß z.B. Polen die ersten KZ in Szeyplorno und Stralkowo im Posener Gebiet schon nach 1918 für Deutsche errichtete, 1921 mit brutaler Gewalt gegen die Deutschen in Oberschlesien vorgegangen ist und von diesem Zeitpunkt an die deutsche Minderheit in Gesamtpolen unterdrückt wurde. 1939 gab es erneut KZ für Deutsche. Höhepunkt der Deutschenverfolgung waren die bestialischen Morde an Volksdeutschen am 3. September 1939, bekannt als >Bromberger Blutsonntag<".

Und, Neofaschist Bruns, kann sich ein derartiger >Blutsonntag< wiederholen? "In Reiseberichten schildern Landsleute ihre unliebsamen Erfahrungen mit polnischen Bürgern, die zwar auch hier nicht verallgemeinert werden sollen - die aber bezeichnend sind für das immer noch belastete deutsch-polnische Verhältnis. Wenn Teilnehmer deutscher Reisegruppen beschimpft und angepöbelt, wenn an Häuserwänden in Breslau Parolen wie >Deutsche raus< angebracht werden, dann erzeugen derartig deutschfeindliche Inhalte neue Spannungen."

Alois Pfreimdt

Der "Hofgeismarer Kreis" in der SPD

Die neofaschistischen Äußerungen von Leipziger Jusos und ihrem Umfeld im mdr-Magazin "fakt" vom 16. 9. 92 haben Staub aufgewirbelt. Sie wurden überwiegend als Zustimmung zum Rostocker Pogrom verstanden. Die innerparteilichen Reaktionen sind eher bescheiden: Der Juso-Bundesvorstand forderte ein nicht näher bezeichnetes "Häuflein Junger Sozialdemokraten in Leipzig" auf, "die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zu verlassen". In der Sitzung des Juso-Bundesausschusses vom September 1992 beantragte der Bundesvorstand dann, den Landesvorsitzenden der sächsischen SPD aufzufordern, erst mal eine Untersuchungskommission einzusetzen. Diese "soll aufklären", heißt es schwammig, "ob vorliegende Sachverhalte zu einem Parteiornungsverfahren gegen den im sogenannten 'Hofgeismarer Kreis' organisierten Teil der Leipziger Jusos führen können".

Kopf der umstrittenen Gruppe, die sich "Hofgeismarer Kreis Leipzig" nennt, ist der 20jährige **Sascha Jung**, dem nicht nur in der sächsischen SPD die Türen offenstehen. Die Gruppe versucht vordergründig, sich an diverse Kreise anzubiedern, die sich auf den ersten Nachkriegs-SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher beziehen. Dessen damalige Mitarbeiterin und spätere prominente SPD-Politikerin Annemarie Renger wird von ihr als Ansprechpartnerin gesehen, nationalistisch interpretierte Zitate des schon zu Zeiten der Weimarer Republik SPD-Rechten und späteren NS-Verfolgten Schumacher werden als Rechtfertigung für die eigene, rein völkische Position angeführt. Sascha Jung formuliert im September 1992 in einer schriftlichen Erklärung gegen die Vorwürfe von "fakt" Sätze wie die folgenden, die das biologistische, völkisch-rassistische Selbstverständnis der Gruppe wiedergeben: "Der Mensch ist ein soziales Wesen. Worauf wir hinweisen ist, daß er sich auch als solches begreifen muß. Das heißt, daß er ohne seine Nachbarn in den verschiedenen Gemeinschaften, Familie, Volk, Völkergemeinschaft, die ihn sozial absichern und ihm Identität geben, nicht existieren kann". Und weiter: "Ein Volk kann auf Erden ohne die anderen nicht existieren. Gerade deshalb denken wir gar nicht daran, die verschiedenen Gemeinschaften aufzulösen." In diesem Papier, das als Kontaktadresse das Büro des SPD-Unterbezirks Leipzig anführt, bleibt es jedoch nicht bei Positionen, die die extreme Rechte heute allgemein unter ihrem Begriff "Ethnopluralismus" zusammenfaßt. Jung verteidigt hier auch indirekt den Beifall des Rostocker Mobs für den Pogrom und versteckt die "Ausländer raus!"-Forderung hinter der Formel: "Wir sind allerdings auch so realitätsnah, daß wir bei all dem erkennen, daß es eine Illusion ist, anzunehmen, wir allein könnten die gesamten sozialen Probleme dieser Welt lösen". Die Frage, wer die sozialen Probleme in den Ursprungsländern der Flüchtlingsströme denn verursacht hat, wird nicht gestellt; sie würde von den "Hofgeismarern" wohl auch nicht mit der kapitalistischen Weltwirtschaftspolitik der deutsch geführten EG beantwortet.

Die Gruppe hat ihren Namen mit Bedacht ge-

wählt und auch die lasche Reaktion der SPD auf diese Faschisten in ihren Reihen hat ihre Parallelen. Und schon vor Jahren haben taktisch geschicktere SPD-Nationalisten, die Reiznamen und allzu deutliche Bekenntnisse meistens vermeiden, unbemerkt Schlüsselpositionen in der Partei erobert.

SPD-Nationalismus der 20er Jahre als Quelle

Zu Ostern 1923 trafen sich über 100 rechte Jungsozialisten in dem mitteldeutschen Städtchen Hofgeismar. Sie waren von der Lebensreformbewegung und ihrem völkisch-religiösen Kitsch angetan und aufgewühlt von der gerade erfolgten Besetzung des Ruhrgebietes durch das französische Kapital, das sich wegen der Ausplünderung des lothringischen Kohle- und Stahlreviers durch das deutsche Kapital seit 1871 und der Kosten des Weltkriegs schadlos halten wollte. Die intellektuellen Anführer dieser Gruppe, die sich fortan "Hofgeismarer Kreis" nannte und in scharfer Opposition zur marxistischen Juso-Mehrheit der 20er Jahre stand, orientierten sich an den völkisch-elitären Ideen der "Konservativen Revolution". Während die KPD im Rheinland eine Rote Armee gegen das französische Militär aufbaute und die Besatzungs-Situation für eine Revolution gegen das Kapital gleich welcher Nation zu nutzen versuchte, beschränkten sich die mehrheitlich aus dem Ruhrgebiet angereisten Jusos in Hofgeismar aufs nationalistische Lamentieren.

Ihr 1923er-Treffen geriet flugs zu einem germanentümelnden Lichtfest mit Rezitationen völkischer Gedichte und Beschwörungen des militaristischen "Geistes von 1914", als es das deutsche Kapital geschafft hatte, selbst die ArbeiterInnenbewegung für seinen imperialistischen Krieg zu begeistern. Reden und Referate waren dementsprechend bestimmt von Haßtiraden gegen die Demokratie als dem "deutschen Volkscharakter" angeblich unangemessen und gegen den Versailler Friedensvertrag, die bis zum Aufruf für einen neuen Krieg gegen Frankreich reichten, um die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs zu revidieren. Nietzsches "Feuerspruch", an lodernden Flammen theatralisch vorgetragen, und die Jubelrufe "Es lebe Deutschland!" prägten die Stimmung an diesem Osterfest, das diese Jusos heidnisch statt christlich feierten. Von der Moderne der Zwanziger Jahre, von der Skepsis vieler bürgerlicher Intellektueller nach dem Kulturschock des mörderischen Ersten Weltkriegs oder gar vom Sozialismus der ArbeiterInnenbewegung merkte man hier nichts. Statt dessen wurden die "Stahlgewitter" (Ernst Jünger) der sinnlosen Materialschlachten mit den Krupp-Kanonen heldisch verklärt und einer hierarchischen ständestaatlichen Gesellschaft mit Führern an der Spitze das Wort geredet. Als Widerpart der bei Historikern zum Begriff gewordenen "Ideen von 1914" - Kapitalist und Arbeiter "gleichen Blutes" einig gegen den "fremden" äußeren Feind - galten die "Ideen von 1789", das "Freiheit!, Gleichheit!, Solidarität!" des bürgerlichen und sozialistischen Internationalismus. Der "Hofgeismarer Kreis" war Teil derselben Atmosphäre der frühen Weimarer Republik, in der die noch nationalrevolutionäre und vom "Deutschen Sozialismus" (gegen den angeblich jüdischen Marxismus und den ebenso eingeordneten Liberalismus) bestimmte NSDAP wenige Monate später ihren Putsch an der Münchner Feldherrnhalle versuchte. Der "Hofgeismarer" Karl Bröger schrieb 1923 in den "Jungsozialistischen Blättern": "Wer recht tief aus wohlverstandenem deutschen Geiste lebt, muß Sozialist sein, und viele Züge unseres Volkstums (...) deuten auf die innere Verbundenheit von deutscher Art zum Sozialismus" (Heft 6, S. 84). Ebenso völkisch wurde hier vielerorts der Genossenschaftsgedanke als angeblich typisch deutsche Erscheinungsform des Sozialismus und als die Alternative zum "bolschewistischen Kollektivismus" begründet.

Die schauerliche Veranstaltung in Hofgeismar stieß zwar sofort auf herbe innerparteiliche Kritik, die deutsch-nationale Aufwallung nach der französischen Ruhrbesetzung und die Abgrenzung der SPD vor allem nach links statt nach rechts kam jedoch den völkischen Rassisten zugute, die selbstverständlich in der Partei bleiben durften.

Heller, de Man, Niekisch: Die "Konservative Revolution" in der historischen SPD

"Als Mensch ist der blonde Brite uns natürlich tausendfach mehr sympathisch als sein schwarzer Bundesgenosse: der Franzmann", schrieb damals ein anderer "Hofgeismarer". Die "Fiktion der Gleichheit" der Menschen wurde von dem Kreis bekämpft, den Säbel ließ man kräftig rasseln: "Wir fühlen uns als Enkel jener Germanen, die das römische Joch brachen. Unsere Gedanken folgen den Spuren der Ordensritter nach Osten", hieß es da. Hofgeismar sollte der Anbruch der Epoche "des schaffenden Mannes" und seiner "reifen Männlichkeit" sein (zit. n. Walter 1986, S. 48, S. 83 f). Mitte der 20er Jahre wurden dann auch offen antisemitische Positionen vertreten. Die Zirkel und Schriften der "Hofgeismarer" unterschieden sich schließlich nach ihrem nationalistisch-rassistischen Inhalt und ihrem heroischen Gestus in nichts mehr von denen der intellektuellen Vorreiter des deutschen Faschismus, die später unter dem Begriff "Konservative Revolution" (KR) zusammengefaßt wurden. So war es nur folgerichtig, daß ein erheblicher Teil des "Hofgeismarer Kreises" zum Ende der 20er Jahre hin schließlich aus der SPD austrat und sich den KR-Zirkeln anschloß. In ihrer faschistischen Ideologie bestärkt wurden diese Jusos von Ideologen, die bis heute innerhalb der SPD als vermeintlich sozialdemokratische Denker in Ehren gehalten werden. Tatsächlich vertraten sie nur weitere Spielarten der KR und damit des breiten faschistischen Stromes, wie er als Gegenpol zum Sozialismus der ArbeiterInnenbewegung nach 1918 in mehreren Ländern Europas theoretisch und praktisch entwickelt wurde und z. T. bereits zur Herrschaft gelangt war.

Hermann Heller - im Sinne der Antisemiten jüdischer Abstammung, aus großbürgerlichem Hause; Staatsrechtler; er kehrte 1933 von einer Auslandsreise nicht mehr ins faschistische Deutschland zurück und starb im gleichen Jahr - hatte 1925 sein Buch "Sozialismus und Nation" veröffentlicht und wurde sogleich zu einer Tagung der "Hofgeismarer" eingeladen. In seinem Vortrag vertrat der erklärte Gegner marxistischen und internationalitischen Denkens und der Idee der Gleichheit der Menschen ungeschminkt eine Blut-und-Boden-Mystik, wie sie - um den Antisemitismus ergänzt - bei den Nazis üblich war. Er sprach davon, daß jeweilige "Blutsverfestigung" die angeblich verschiedenen körperlichen Eigenarten der europäischen Völker bestimme und die Sozialisten diese Völker als jeweilige Schicksals- und Kulturgemeinschaften anerkennen müßten - der ideologische Ethnopluralismus in reiner Form (vgl. Walter 1983, S. 34). In "Sozialismus und Nation" lobpries Heller die "irrationalen Kräfte des Blutes und der Gefühle" und verurteilte im gleichen Zug den angeblich vom "Durchschnittssozialisten" gepredigten "homo oeconomicus des Liberalismus", der "die nationalen Kulturen erdrückt (...) durch die ungeheure kulturfremde Masse eines zum politisch-wirtschaftlichen Machtbewußtsein erstarkten Proletariats" (S. 50; 41). "Zum Teufel mit diesen ausgedienten Ladenhütern des Liberalismus! (..). Solange wir nicht wandelnde Geister, sondern Menschen von Fleisch und Blut sind, wird das Rationale nur getragen werden vom Irrationalen, werden Organisationen nur dann Bestand haben, wenn sie äußerer Ausdruck, letztes Vorwerk einer durch Blut, Boden, irrationale Gefühlswerte, Geschichte, gemeinsamen Kulturbesitz verbundenen Gemeinschaft sind" (S. 51). "Sozialismus bedeutet (...) nicht die Vernichtung der nationlen Volksgemeinschaft durch die Klasse, sondern die Vernichtung der Klasse durch eine wahrhaft nationale Volksgemeinschaft" (S. 35). Entsprechen diese Sätze Hellers nun mehr der neofaschistischen "Neuen Rechten" um **Alain de Benoist** und **Armin Mohler**, die im Gefolge der historischen KR den Liberalismus zum Hauptfeind erklärt, oder der brutalen Sprache der Hitler-Reden? Heller war ein Querfrontstratege, wie man heute sagen würde, der die nationale Bewegung der Weimarer Zeit mit einem vom Marxismus gereinigten "Sozialismus" zusammenbringen wollte. Vor allem begriff er nicht, daß sein Rassismus sich einmal gegen ihn selbst wenden könnte. Begeisterter Verfechter der "Ideen von 1914" - heute würde man ihn wohl mit der Bezeichnung "deutsch-jüdischer Patriot" verharmlosen -, war er ein Gegner von gleichen Menschenrechten mit weltweiter Geltung; stattdessen favorisierte er ein kulturrelativistisches Recht, das Andere schließlich - in Eisen geschmiedet am Eingangstor zum KZ Buchenwald - in dem Spruch "Jedem das Seine" ethnopluralistisch zusammenfaßten und hinter dem Tor praktisch werden ließen. Heller gehörte auch zu denjenigen, die Hegels staatsphilosophische Überlegungen für den nationalistischen und autoritären "Machtstaat" nutzbar machten. Seine Definition der Souveränität des Staates unterschied sich in nichts von der des späteren Nazi-Kronjuristen und heutigen Urahn der "Neuen Rechten" **Carl Schmitt** - mit dem Heller privat freundschaftlich verbunden war -, der die Verfügung über den Ausnahmezustand, d. h. die

Möglichkeit zur Errichtung der Diktatur, als Kriterium der Souveränität eines angeblich über den Interessenkonflikten stehenden abtrakten Staates ansah. Hellers Idee eines völkisch-rassistisch fundierten "nationalen Kultursozialismus" verneinte die Klassengegensätze, überhaupt die Klassenstruktur der nächst erreichbaren - sozialistischen - Gesellschaft, und setzte stattdessen auf eine "Gemeinschaft" - wenn es sein muß, auch mit einem diktatorischen Führer an der Spitze -, die ihre vermeintliche Homogenität über gemeinsame Werte, einen gemeinsamen Willen und die Tat erlange - alle durch "Blut" und "Boden" bestimmt. (Selbstverständlich soll es mal wieder der "gute Führer" sein, Heller nennt ihn "Herr".) Kulturrevolution gegen Liberalismus und Sozialismus wäre also hier der Weg zum politischen Erfolg, nicht soziale Revolution - "Kulturrevolution von rechts", wie 1984 ein Buchtitel Benoists heißt, mit einem Vorwort von Mohler.

Hendrik de Man gab mit seinem wenig später erschienenen Buch "Zur Psychologie des Sozialismus" einen weiteren Schub in die Richtung des Irrationalismus. Der Antimarxist de Man, der sich später dem flämischen Faschismus anschloß, der nazi-deutschen Besatzung in Belgien zu Diensten war, 1944 vom befreiten Belgien als Kollaborateur verurteilt wurde und im schweizerischen "Exil" (auf der Flucht vor seinen antifaschistischen Richtern) starb, hatte dieses Buch den rechten Jusos gewidmet und wurde in den Schriften der "Hofgeismarer" als geistiger Führer verehrt. Im Gefolge der konservativ-revolutionären Elitetheoretiker **Gustave Le Bon** (Frankreich) und **Vilfredo Pareto** (Italien), die die europäische "Neue Rechte" heute zu ihren historischen Vordenkern zählt, verachtete er "die Massen" und die parlamentarische Demokratie als verantwortlich für einen angeblichen "Kulturverfall". Er stebte einen antidemokratischen Elite-"Sozialismus" an, der nicht Sache einer Klasse sei sondern eines "Volkes" und der auch nicht etwa - wie bei der marxistischen ArbeiterInnenbewegung - die materielle Not der Massen beseitigen sollte, sondern als psychische "Gefühlsreaktion" von "Gebildeten" aus dem Bürgertum und dem Adel einen einheitlichen nationalen "Willen" hervorrufen sollte, der dann die gesellschaftlichen Verhältnisse - jeweils völkisch verschieden - bestimme. Ähnliche Ideen, die zum Wohlgefallen des Kapitals den Sozialismus-Begriff entmaterialisierten und eine Diktatur gegen die materiellen Ansprüche der Massen geistig ermöglichten, finden sich bei direkten Nazi-Theoretikern zuhauf. Besonders der religiöse Kitsch, den de Man um germanische Lichtfeste und Arbeitskult aufbaute, imponierte etlichen "Hofgeismarern"; heute knüpft der nationalrevolutionäre Chefideologe **Henning Eichberg** bei seiner faschistischen Interpretation des Maifeiertages an solche Positionen de Mans an. In dem Nazi-Blatt "Europäische Revue" - hier schrieben gleichzeitig mit de Man der italienische Rassist **Julius Evola**, heute ein Ahne der "Neuen Rechten", oder der spanische Elitetheoretiker **José Ortega y Gasset** - begrüßte de Man dann 1943 indirekt den Überfall der Nazi-Wehrmacht auf das neutrale Belgien als Beendigung des "veralteten Systems" der parlamentarischen Demokratie und Chance für eine "neue Ordnung" des siegreichen, angeblich "natürlichen" Nationalismus (S. 5; 8). Ein Satz de Mans wie der folgende macht die Geistestradition bis zum ausländerfeindlichen Rostocker Pogrom deutlich: "Wie bei jedem Gemeinschaftsgefühl, so schlägt auch das Nationalgefühl erst dann in Aggressivität über, wenn es irgendeiner Hemmung, Störung oder Verletzung ausgesetzt ist" (ebd., S. 8). Die Jusos um Sascha Jung könnten dem sicher zustimmen.

Favorit der historischen "Hofgeismarer" war **Ernst Niekisch**, der lange Zeit als der bedeutendste Konkurrent Hitlers um die Führungsposition der antidemokratischen rassistischen Rechten in Deutschland galt, weil er selbst der sozialistischen Bewegung der unmittelbaren Nachkriegszeit entstammte und bis 1926 Mitglied der SPD war. Niekisch hatte damit - wie z. B. auch die Führer des italienischen Faschismus - den Vorteil des sozialistischen Stallgeruchs, den sich die kleinbürgerliche NSDAP Hitlers erst mühsam mit Hilfe der nationalrevolutionären Strasser-Brüder anzuheften versuchte. Niekisch gehörte zu den extremsten Rassisten, Antidemokraten und Nationalisten im Deutschland der späten Weimarer Republik; seine auch antisemitisch begründete Mordhetze gegen Marxisten, Liberale und Christen in den frühen 30er Jahren stand der eines Juluis Streicher (Chefredakteur des Nazi-Blattes "Der Stürmer") kaum nach. Aber auch seine Schriften aus der "Hofgeismar"-Zeit - meist Artikel, die er später zu Büchern ausbaute - trugen bereits diese Handschrift. Niekischs Politik war prinzipiell gegen "den Westen", "das Welsche", den Liberalismus und Marxismus, gegen den Ausgang des Ersten Weltkriegs gerichtet. Sein Begriff des "Widerstands" - so hieß später sein politischer Zirkel - war gegen "Versailles" gerichtet, nicht - wie Neofaschisten heute glauben machen wollen - gegen die Nazis, die ihn als einen lästigen Konkurrenten später verfolgten. 1929 schrieb er in dem Buch "Gedanken über deutsche Politik": "Das deutsche Volk verurteilte sich selbst; indem es demokratisch wurde, hatte es jene Wertmaßstäbe gewählt, durch die seine frühere Art zu sein verdammt wurde. (...) Damit wurde das deutsche Volk ein entwurzeltes Volk, dem sein geistiges Gesetz von außen her aufgezwungen wurde" (S. 81). Deutschland habe "nur noch die Freiheit, zwei Wege einzuschlagen: entweder asiatisch oder afrikanisch zu werden, sich an das vernegerte Frankreich oder das tatarische Rußland zu schmieden" (S. 255); Niekisch neigte letzterem zu, da er von der Kreuzung des "germanischen Barbarismus" mit der "russischen Volksseele" träumte. "Vielleicht aber bleibt dieses düstere Entweder-Oder Deutschland noch erspart, vielleicht winkt ihm noch die dritte Möglichkeit: das deutschgeführte Mitteleuropa" (S. 256), eine Möglichkeit, die seit 1989 zur Realität wurde.

Auch Sätze wie die folgenden hatte Niekisch bereits zwei Jahre vorher in ähnlicher Form bei den von der "reifen Männlichkeit" des deutschen Militaristen begeisterten "Hofgeismarern" vertreten: "Deutschlands Heil liegt nicht bei Girls, liegt nicht bei emanzipierten Frauen; für Deutschland ist der Feminismus mit all seinen pazifistischen, humanitären, ethisierenden und ökonomisierenden Masken der politische Krebs. Deutschland hat es zu schwer, als daß es sein Schicksal Weibern anvertrauen dürfte" (S. 298).

In seinem Buch "Entscheidung" (Berlin 1930) forderte Niekisch die Deutschen zur Entscheidung zwischen ihrer angeblichen völkischen Identität und dem "Westen" auf, der sie überfremde. Als extremer Rassist meinte er aber lange nicht alle Deutschen: "Soviel romanisches Blut floß in die Menschen südlich des Grenzwalles ein (gemeint ist der römischen Limes und die Zeit der Antike, d. V.), daß nicht nur ihr leibliches, sondern auch ihr geistiges und seelisches Dasein dem Gesetz römisch-lateinischen Wesens verfiel" (S. 19). Dagegen sei "Verheidung" nötig: "Der Weltkrieg" habe "im deutschen Volk seelische Schichtungen freigelegt, bis zu denen hinunter noch nie eine Wurzel des Christentums drang und für deren unerschlossene ursprüngliche Fruchtbarkeit das Christliche ein fremdes Gewächs ist" (S. 152). Er beschwor die "Aufwallungen jener germanischen Zornmütigkeit, die lieber tot als Sklave der Welschen sein möchte" (S. 153), die auch den "Hofgeismarern" imponierte. "Seit Jahrhunderten ist das Christentum am Werk, das Germanisch-Heroische zu domestizieren und für die romanische Knechtschaft reif zu machen" (S. 153), eine These, die man heute in den Büchern von **Sigrid Hunke** oder Alain de Benoist antrifft. Niekisch forderte eine "Selbstreinigung des deutschen Blutes von romanischem Erbgut" (S. 166) und im Kapitel "Der Mut zum Abgrund" nahm er die Praxis von Auschwitz gedanklich vorweg: "Weil es um Sein oder Nichtsein geht, bleibt Deutschland, wenn es sich selbst erhalten will, das Schwerste nicht erspart: die Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles, was an Welschem in ihm lebt. Mit grausamer Härte muß es in sich selbst ausrotten, was in ihm dem Westen verbündet ist, dem Westen Zuträgerdienste anbietet, dem Westen Vorschub leistet. Das Bürgerlich-Liberale ist unter den heutigen Weltverhältnissen für Deutschland 'Feind im Land'; es ist die Romanisierungs-, Zivilisations-, Urbanisierungs-, Verwestlichungs- und Entdeutschungsform des deutschen Menschen. Je mehr einer Bürger ist, desto weniger ist er Deutscher" (S. 162 f). Um keinen Zweifel zu lassen, gegen wen es gehen sollte, hetzte Niekisch bereits in "Gedanken über deutsche Politik": "Nie kann der Jude, auch wenn er besten Willens und edelster Absichten voll ist, Führer des andersgearteten Volkes sein; er ist nicht Fleisch und Blut von dessen Fleisch unf Blut; für dessen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein fehlt ihm das Organ: einem anderen, ihm eingeborenen Takt, Rhythmus, Gerichtetsein gehorcht er; wo er führt, unterwirft er das andersgeartete Volk einer fremden Gesetzlichkeit; er vergewaltigt es. Es ist für ein jedes Volk ein Zeichen geschwächten Lebenswillens, wenn Juden nach seiner politischen Führung streben dürfen" (1929, S. 99).

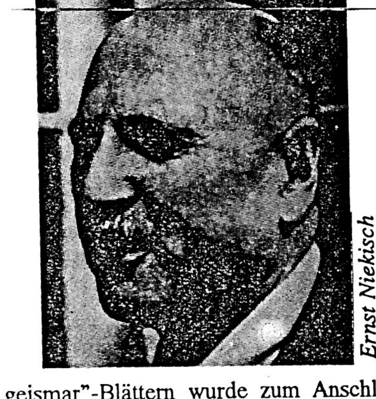
Niekisch forderte von den Deutschen "Gehorsam, Disziplin, Unterordnung, Treue, Hingabefähigkeit, Dienstwilligkeit" (S. 292) und die Hinwendung zum deutschen Bauerntum:

"Ländlicher werden heißt ärmer und primitiver werden, vielleicht auch roher und barbarischer, sicher aber auch wieder deutscher. Barbarismus trägt sein Recht in sich, wo er Kraft und insbesondere, wo er die Kraft deutscher Selbstverteidigung ist. Dem deutschen Volke tut der Mut zu seinem Barbarentum not; seine Stärke ruht in Germaniens Wäldern; je tiefer es sich dorthin zurückzieht, desto mehr findet es sich selbst. Es braucht die Schluchten des Teutoburger Waldes, um den Welschen die Köpfe abschlagen zu können" (1930, S. 100). "Seine innere Haltung ist entscheidend: daß es in der westlichen Zivilisation seinen Abgrund und in der Abkehr davon sein Heil erblicke" (S. 101). Und schließlich Niekischs Vision: "Deutschland hört auf, noch mehr Zivilisation zu wollen; wird es durch seine Haltung sogar Ursache ihrer Vernichtung, so weicht es auch vor dieser geschichtlichen Mission nicht zurück" (S. 115).

1932 schrieb er das Buch "Hitler - ein deutsches Verhängnis", in dem er den Faschismus rechts von Hitler predigte. Die Schrift wird heute immer wieder als antifaschistisch verfälscht, ist jedoch in Wahrheit ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, lediglich ohne den Konkurrenten Hitler. "Die nationalsozialistische Bewegung (...) kann aufwühlende Pflugschar, sie kann Kampf schöpferischen Gebärens, sie kann das Gewitter sein, daß die Erde tränkt und die Luft reinigt" (S. 6), wenn sie sich nur endlich von Hitler trenne. Hitler sei zu sehr "Demokrat", "eine Spielart des demokratischen Menschen" (S. 7). Positiv schrieb Niekisch hier über den Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923: "In den ersten Jahren allerdings war Hitler unleugbar noch ein Mundstück des deutschen Protestes. (...) Das Aufgebot, das der Eifer des Demagogen (d. i. Hitler, d. V.) in Bewegung setzte, war ein deutscher Glücksfall, wenn der Feldherr (d. i. Erich Ludendorff, d. V.) vorbereitet war, es zu ordnen und zweckvoll einzusetzen" (S. 7 f). Dann aber seien bei Hitler die nicht-deutschen Gene bestimmend geworden: "Er ist romanisierter Deutscher; gegenreformatorische Instinkte, halb wittelsbacher, halb habsburger Färbung, trägt er in seinem Blute" (S. 9). Das habe zur "römischen Überfremdung" des Nationalsozialismus geführt, "ein gebrochenes deutsches Rückgrad" (ebd.). Hitler habe mißachtet, "daß die räumliche Mittellage Deutschlands ein Höchsmaß an Zwang, an 'Kaserne', an 'Selbstverzicht', an 'Unnatur' fordert" (S. 10). Schließlich sei Hitlers Politik "jüdischen Ursprungs" (S. 12). "Wer an den geistigen Werten, den zivilisatorischen Gütern des Abendlandes hängt, gehört zu Versailles; er gibt Deutschland preis, um diese Werte und Güter nicht zu gefährden. (...) Das Abendland kannte stets das beklemmende Grauen vor dem, was nördlich der Donau und östlich der Elbe liegt" (S. 16), dort, wo Niekisch sein "Deutschland", seinen "germanischen Barbarismus" sucht. Niekisch kritisierte 1932, daß Hitler davor zurückgeschreckt sei, "die alte Welt in Flammen" zu setzen (S. 25), sich statt dessen der Legalität verschrieben habe, aber: "Weder Weimar noch Versailles läßt sich legal vernichten" (S. 26). Niekischs einziger Vorwurf gegen die Nazis: "Ein tiefgreifendes Mißtrauen gegen die abendländische Überfremdung war in Deutschland erwacht; der Nationalsozialismus schläferte das Mißtrauen wieder ein" (S. 29). Schon 1929 hatte er in seinem Buch "Politik und Idee" geschrieben: "Wer sich der Moral so sehr verpflichtet fühlt, daß er selbst die Rettung seines Volkes nicht durch die Preisgabe sittlicher Grundsätze erkaufen wollte, mag zu manchen Dingen taugen; unter keinen Umständen ist er dazu berufen, Staatsmann zu sein" (S. 15).

Die Vorstufe zu diesen literarischen Ergüssen produzierte Niekisch ab 1926 in den Blättern "Widerstand", an dem sich auch "Hofgeismarer" beteiligten, und "Der Volksstaat", letzteres herausgegeben von einer rechten SPD-Abspaltung, der "Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens". Sachsen blieb für die nächsten Jahre Niekischs Hauptwirkungsstätte.

Die innerparteiliche Auseinandersetzung um Niekisch führte ab 1926 zum Zerfall des "Hofgeismarer Kreises", die von "Hofgeismarern" dominierten Juso-Bezirke "Wasserkante" und "Westliches Westfalen" traten aus der Reichsorganisation der Jungsozialisten aus, in "Hofgeismar"-Blättern wurde zum Anschluß an Niekischs "Widerstand"-Kreis aufgerufen.


Ernst Niekisch

Das damalige Leitungsorgan der Jungsozialisten, der Reichsausschuß, beschloß mit 13 zu 6 Stimmen: "Die politische Auffassung des Genossen Niekisch und des ihm nahestehenden Kreises sind mit den Grundsätzen der SPD und den Bestrebungen der Jungsozialisten nicht in Einklang zu bringen. Reichsausschuß und Reichsleitung richten deswegen an den Parteivorstand das Ersuchen, baldigst Schritte zur Klärung des organisatorischen Verhältnisses zu diesen Kreisen zu unternehmen" (zit. n. Walter 1983, S. 58). Die Reaktion auf die Ungeheuerlichkeiten der Faschisten innerhalb der SPD war so butterweich wie heute. Der damalige Parteivorsitzende Otto Wels bezeichnete die politische Position Niekischs auf dem Kieler Parteitag 1927 zwar als "rein nationalsozialistisch" (S. 31 d. Protokolls), mußte sich aber von der zum linken Flügel zählenden Delegierten Dora Fabian aus Chemnitz die innerparteiliche Praxis entgegenhalten lassen: "Der Parteivorstand hat uns in unserem Kampf gegen diese Genossen nicht unterstützt; er hat auf unsere Forderung, sie aus der Partei auszuschließen, nur mit Hohn und Spott geantwortet. Noch heute können diese einstigen Jungsozialisten Mitglieder der Partei sein, obwohl sie mit demselben Herrn Niekisch in der Redaktion seines Blattes 'Der Widerstand' sitzen, dessen nationalistische Einstellung Wels in anderem Zusammenhang (...) so treffend gekennzeichnet hat. Wenn es sich um die Genossen von rechts handelt, dann ist der Parteivorstand immer sehr großzügig; gegen die Genossen von links ist er ebenso intolerant" (S. 86 d. Prot.). Das hat sich bis heute nicht geändert.

Fichter, Reitz, Glotz: Die "Konservative Revolution" sitzt heute im Ollenhauerhaus

Niekischs Politik ist in den 70er und 80er Jahren zu einem zentralen Bezugspunkt für die "neurechten" Nationalrevolutionäre geworden. Der Verfassungsschutzbericht 1991 des Bundesinnenministers erwähnt ihn unter dem Stichwort "Neonationalsozialisten" in einem Atemzug mit den Strasser-Brüdern und dem SA-Chef Ernst Röhm. Die Konkurrenz der 20er und 30er Jahre spielt keine Rolle mehr, nachdem die "Neue Rechte" die Nationalrevolutionäre innerhalb und außerhalb der NSDAP in den Kreis der "Konservativen Revolution" integriert hat. Ungeachtet dessen genießt Niekisch innerhalb der SPD - meist nur im kleinen Kreis unter Genossen bekenntnishaft geäußert - vor allem bei Intellektuellen (oder solchen, die sich dafür halten) hohes Ansehen. Elitendünkel und die Verachtung des Parteivolks an der Basis, das von etlichen Top-Funktionären am liebsten entmachtet würde, bilden ebenso den Zugang zu Ideen der "Konservativen Revolution" wie der Widerwillen gegen den Politiker-Selbstbedienungsladen der modernen Parteien-Demokratie, von der dieselben Funktionäre doch leben.

1981 brachte **Peter Brandt**, der als Sohn des Parteivorsitzenden Willy Brandt besonderes Interesse in der SPD genießt, gemeinsam mit dem Niekisch-Anhänger und persönlichen Eichberg-Freund **Herbert Ammon** in der "rororo-aktuell"-Reihe das Buch "Die Linke und die nationale Frage" heraus, das Niekischs Politik ohne jede Einschränkung als wertvolles Erbe der Linken darstellte. Das Buch diente innerhalb der SPD jahrelang als Beweis dafür, daß sich auch die Linke dem Thema Nation stelle. 1985 arbeiteten P. Brandt und Ammon zusammen mit Nationalrevolutionären, die aus der 60er und 70er Jahre NPD-Szene bekannt waren, und mit dem Referenten für Schulung und Bildung beim SPD-Parteivorstand und Leiter der SPD-Parteischule **Tilman Fichter** ein nationalistisches Pamphlet zur Wiedervereinigung Deutschlands aus. Zu den Unterzeichnern der Schrift gehörten schließlich neben Brandt und Fichter etliche Alt- und Neonazis, sogar ein früherer Funktionär der SA-Spitze; wiederholte Aufforderungen an Fichter und Brandt, sich von solchen Mitstreitern zu distanzieren, wurden ignoriert, Ammon stellte sich in einer schriftlichen Erklärung sogar demonstrativ vor Niekisch. Die Aktionseinheit mit Neofaschisten hat Fichter bisher nicht geschadet, im Gegenteil: nach der Öffnung der DDR-Grenze empfahl er die zuvor innerparteilich kritisierte Schrift mehrfach als Modell für die Wiedervereinigung, ohne auf die rechtsextremen Miturheber auch nur einzugehen. Im Oktober 1992 lud er P. Brandt als Referenten zu einem SPD-Seminar auf die - zum Leidwesen von Nationalisten inzwischen polnischen - Ostseeinsel Wolin, Thema:

"Sozialdemokraten, Demokratie und Nation", Thema der Abschlußdiskussion: "Welche gemeinschaftsstiftenden Identitäten bieten sich in einer offenen Gesellschaft an?" Ammon und Brandt hatten niemals Probleme, in der SPD-Theoriezeitschrift "Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte" ihre politischen Ansichten zu verbreiten.

Ein Nationalrevolutionär aus dem Umfeld Ammons, **Christian Wipperfürth** vom neofaschistischen "Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion" (LDD) der 80er Jahre (1984 aus dem Kreis der Eichberg-Zeitschrift "wir selbst" gegründet), arbeitet heute als Mitarbeiter eines ostdeutschen Europaabgeordneten der SPD. (Der Kopf der Gruppe, Ammons persönlicher Freund **Rolf Stolz**, publiziert heute im "MUT"-Verlag des früheren NPD-Bundestagskandidaten **Bernhard C. Wintzek**.) Gegen die LDD, die sich bei Grünen und Jungsozialisten anbiederte, hatte es Mitte der 80er Jahre innerhalb der Jusos starke Widerstände gegeben - verbal, wie in den 20ern gegen die "Hofgeismarer".

Fichters Kollege **Rüdiger Reitz** - außerberuflich ein Propagandist des Genossenschaftsgedankens, wie immer er ihn verstehen mag leitet seit 1973 das damals neu geschaffene Referat für Kirchenfragen beim Parteivorstand der SPD. In seinem Buch "Christen und Sozialdemokratie" von 1983 pries er völlig unkritisch Hendrik de Man als Vorkämpfer eines unmarxistischen "Sozialismus", dem er selber anhängt. Auf die Veröffentlichung seiner Kontakte zu zwielichtigen rechten Sektenführern durch die "Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" reagierte Reitz mit - bisher leeren - Drohungen gegen Antifaschisten. Tatsächlich pflegt Reitz - angeblich berufsbedingt - Verbindungen zu dem überwiegend von Nazis nach 1945 gegründeten Sektendachverband "Deutscher Volksbund für Geistesfreiheit", dem z. B. die "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V." (DUR) angehört; bei der DUR nun wieder führt man neben Henning Eichberg auch Hendrik de Man an, wenn man ins sozialdemokratische Spektrum hineinwirken möchte.

Es paßt ins Bild, daß der de Man-Anhänger **Heinz-Dietrich Ortlieb**, früher prominentes SPD-Mitglied, heute zu den ständigen Autoren der Zeitschrift "MUT" gehört.

Schon 1974 gab der spätere Bundesgeschäftsführer der SPD Peter Glotz das Buch "Vorbilder für Deutsche" heraus, in dem Hermann Heller als leuchtendes Vorbild für die zweite deutsche Republik präsentiert wurde. Die inzwischen von Glotz Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte", in der Glotz zuletzt auch einen Text Eichbergs abdruckte (vgl. Der Rechte Rand Nr. 18, Juli 1992), brachte im Juli 1991 einen unkritisch positiven Artikel über Heller, in dem es hieß: "Gerade jetzt, wo sich für das vereinigte Deutschland erneut die Verfassungsfrage stellt, ist es wichtig, sich Hellers zu erinnern" (S. 651). In der 1984 erschienenen "Gedächtnisschrift für Hermann Heller 1891 - 1933" mit dem Titel "Der soziale Rechtsstaat" empfahl der SPD-nahe Rechtsextremismus-Forscher Eike Hennig Heller; Hennig war später auch Autor in "wir selbst" und Interviewpartner für das konservativ-revolutionären Blatt "Junge Freiheit".

Bei so viel aktueller Schützenhilfe für die ideologischen Gallionsfiguren des historischen "Hofgeismarer Kreises" - hier konnten nur ein paar offensichtliche Beispiele genannt werden - käme es einer innerparteilichen Revolution gleich, wenn tatsächlich ein Unvereinbarkeitsbeschluß zum heutigen "Hofgeismarer Kreis Leipzig" gefaßt würde. Damit ist nicht zu rechnen, denn Sascha Jung und die Seinen erfüllen mit ihrem Applaus für den Rostocker Pogrom lediglich die politischen Testamente von Heller, de Man oder Niekisch. Die historische "Petersberger Wende" der SPD im Bezug auf ihre Nationalpolitik hat viele tiefe Wurzeln, die lediglich eine kleine internationalistische Partei-Minderheit - seit mehr als 70 Jahren und trotz der Erfahrung mit dem Komplex Auschwitz: bis heute vergeblich - auszureißen versucht.

Zum Weiterlesen:

Franz Walter: Jungsozialisten in der Weimarer Republik, Kassel 1983

ders.: Nationale Romantik und revolutionärer Mythos. Politik und Lebensweisen im frühen Weimarer Jungsozialismus, Berlin 1986 (Walter gehörte dem reformistischen Flügel der Jusos an.)

Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus (P. Kratz): Die nationalrevolutionäre Connection: Gaddafi - Mechtersheimer - Schönhuber. Quellen und Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger, Bonn 1990